

Die „Weltwacht“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Spezial-Vertriebsstellen, z. B.
bei den Buchhändlern zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
von Woche zu Woche 75 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
für die Post vom 1. 1. 1906,
so ist die Post vom 1. 1. 1906,
so ist die Post vom 1. 1. 1906.

Wolkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellung
Bestellung für die einjährige
Zeitschrift über deren Namen
25 Pfennige, für Viertel- und
Dreimonats-Belegungen
15 Pfennige.
Spenden für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Erpedition eingegeben werden.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 138.

Donnerstag, den 17. Juni 1906.

17. Jahrgang.

Fürsorgeerziehung und Gefängnis.

Das Recht, in die Erziehungsaufsicht und in die Erziehungsanstalten der Eltern einzugreifen, wird niemand der Gesellschaft abstreifen, am allerwenigsten wir, die wir die Heranbildung des Nachwuchses zu brauchbaren Gliedern der Gesellschaft als eine der vornehmsten Aufgaben des Staates betrachten und an sich für die weitgehendste Übernahme der Jugendberziehung durch den Staat eintreten, selbstverständlich so weit dieser Staat die Organisations- oder Sphären der Gesellschaft ist und nicht am Klassenstaat.

Wir werden also werden wir uns selbstverständlich gegen alle Erziehungslosigkeit, die vom Gegenwartsstaate ausgeht oder von ihm autorisiert ist, ablehnend verhalten, sowohl gegen die Erziehung normaler als anormaler Kinder, da sie stets als ihren letzten Zweck nur die Förderung der Interessen unserer herrschenden Klasse vor Augen hat. Wie wir also von diesem prinzipiellen Standpunkte aus Gegner der heutigen Schulerziehung sind, so auch der Fürsorgeerziehung, d. h. jener besonderen Erziehungsart, die dazu bestimmt ist, die stetig wachsende Kriminalität, Verwahrlosung und Verrohung unter den Jugendlichen zu bekämpfen.

Trotzdem haben auch wir alle Veranlassung, uns mit unserer öffentlichen Fürsorgetätigkeit recht eingehend zu beschäftigen und an ihre Einzelheiten die kritische Sonde anzulegen, um so wenigstens die ärgsten Anwürfe vor der Öffentlichkeit festzumachen und damit, soweit das uns möglich ist, deren Beseitigung anzubahnen zu helfen.

Ueber den Verlauf des allgemeinen Fürsorgetages, der sich die Aufgabe gestellt hat, reformatorisch auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehungswesen einzuwirken, haben wir ausführlich berichtet. Eins geht aus den dort gepflogenen Verhandlungen mit klarer Deutlichkeit hervor, daß unserem neuen Fürsorgeerziehungsgesetze vom 2. Juli 1900 nicht nur jeder Erfolg versagt geblieben ist, sondern, daß es geradezu geeignet ist, der seinen Einwirkungen unterliegenden Jugend die schwersten körperlichen und sittlichen Schäden zuzufügen. Sehen wir doch zunächst einmal zu, worin nach dem Gesetze das Wesen unserer Fürsorgeerziehung besteht. Das alte Gesetz, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, beschränkte sich auf diejenigen „verwahrlosten“ Kinder, die im Alter vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten zwölften Jahre eine Straftat begangen haben, aber wegen ihres Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden konnten. Das neue Gesetz geht weiter. Es bestimmt in seinem § 1, daß Minderjährige, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bereits hahn der Fürsorgeerziehung überwiesen werden können, wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet erscheint, daß der Vater das Recht der Sorge für

das Kind mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines unfittlichen und ehrlosen Verhaltens schuldig macht. Es braucht also danach eine Straftat nicht vorzuliegen, um dem Vormundschaftsrichter das Recht zu geben, die Fürsorgeerziehung anzuordnen. Der Richter beschließt von Amtes wegen oder auf Antrag, der vom Landrat bezw. in Stadtfreien vom Gemeindevorstand und dem Vertreter der Polizeibehörde zu stellen ist. Vor der Beschlußfassung sollen, wenn möglich, die Eltern oder gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen und in allen Fällen der Gemeindevorstand, der zuständige Geistliche und der Lehrer des Minderjährigen gehört werden. Ist der Beschluß auf Fürsorgeerziehung ergangen, dann erfolgt diese entweder unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten in einer geeigneten Familie oder in einer „Erziehungs- oder Besserungs-Anstalt“. Die Fürsorgeerziehung endet mit der Großjährigkeit von selbst, sonst aber durch Beschluß des zuständigen Kommunalverbandes von Amtes wegen oder auf Antrag der Eltern bezw. des Vormundes, wenn der Erziehungszweck erreicht oder die Erziehung des Zweckes anderweit sichergestellt ist.

Im allgemeinen scheint nun die Unterbringung in eine Anstalt zur Zeit gegenüber der Familien-erziehung bevorzugt zu werden, mindestens als Einleitung der Zwangserziehung. Wir besitzen in Schlesien eine ganze Anzahl solcher Anstalten; die Zahl der unter der Oberaufsicht unserer Provinzial-Selbstverwaltung stehenden männlichen und weiblichen Zwangsjuglinge, sowohl der in Familien- wie der in Anstaltspflege untergebrachten beträgt über 5000.

Auf dem vorhin erwähnten Kongreß wurde nun die Frage, in wie weit das neue Fürsorgegesetz zu größeren Erfolgen wie die alten Bestimmungen vom Jahre 1878 geführt haben und welche Reformen sich bereits jetzt als nötig herausgestellt haben, eingehend erörtert, und obwohl der ministerielle Vorbericht über die bisherigen Resultate des neuen Gesetzes recht erhebliche Erfolgserfolge feststellen zu können glaubt, ging doch durch die Beratungen der Sachleute wie ein roter Faden die Klage über die großen Mißstände, die auch noch jetzt und gerade jetzt bei der Handhabung des Gesetzes sich herausgestellt haben. Ist es nicht charakteristisch, daß im Mittelpunkt der gesamten Verhandlungen die Frage: Fürsorgeerziehung oder Gefängnis stand? Einer der Diskussionsredner war es, der darauf hinwies, daß man diese Frage nicht nur vom Standpunkte des Erziehers, sondern auch ebenso sehr vom Standpunkte des zu Erziehenden, des Züglings, behandeln müsse. Und in dem letzteren Falle ist die Abneigung der Züglinge vor allem gegen die Erziehungsanstalt, der sie den Aufenthalt im Gefängnis vorgeziehen, das beste Anzeichen dafür, daß unserer Anstaltspflege ganz erhebliche Mißstände anhaften. Mußte uns doch der Leiter des Wohlauer Gefängnisses die erschütternde Tatsache mitteilen, daß viele Züglinge sich direkt mit Absicht gegen die Strafgesetze vergehen, um nur ins

Gefängnis hineinzukommen und dadurch dem Aufenthalte in der „Besserungsanstalt“ entzogen zu werden.

Die Fürsorgeerziehung hat eben, trotz aller schönen Worte und trotz allem guten Willen, immer noch gar zu sehr den Charakter der Strafe, der Sühne für einen begangenen Rechtsbruch an sich, sie hat sich von dem alten Gesetze, der den jugendlichen Rechtsbrecher für seine Handlungen verantwortlich machte und in ihm den an seiner „Verwahrlosung“ allein Schuldigen erblickte, nicht frei machen können. Die Merkmale des unerbittlichen härtesten Zwanges treten in dieser Erziehung noch vollständig hervor, und die Hebung der Züglinge auf einen höheren sittlichen Standpunkt, der sie die Arbeit als einen sittlich und wirtschaftlich notwendigen Faktor erkennen läßt, muß dabei vollständig zurückweichen. Zwar erhalten die nicht mehr vollschulpflichtigen Züglinge in der Fürsorgeanstalt auch noch einen dem Rahmen der landlichen Fortbildungsschule angepaßten Unterricht, die Hauptsache aber ist die Leistung einer nur von überaus spärlichen Freiheiten unterbrochenen, schweren körperlichen Arbeit, die nur dazu bestimmt erscheint, den eigenen Willen des Züglings zu brechen, das „sündige Fleisch“ abzutöten. Direktor Bloß aus Zehlendorf hielt trotz allen Protestes, der ihm entgegen scholl, die Behauptung aufrecht, daß die Fürsorgeerziehungsanstalten oft geradezu unserer modernen Kinderschutzgesetzgebung ins Gesicht schlagen, und daß der in den Anstalten von den Züglingen verlangte Arbeitsleistung jeder erzieherische Wert abgibt. Nur unter dem harten Zwang wird die in vielen Fällen der Indolenzialität des Züglings Hohe sprechende Arbeit von ihm geleistet. Gar nicht oder viel zu wenig wird darauf Rücksicht genommen, ob die Arbeit, die in der Anstalt den Züglingen aufgebürdet wird, diese befähigt, bereinigt, wenn sie wieder freie Menschen geworden sind, sich mit ihr wirtschaftlich zu erhalten. Der überwiegende Teil unserer Fürsorgezöglinge wird zu Landwirtschaftlichen Arbeiten angehalten, und die Erziehungsleiter müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, den ihnen der Direktor des Hamburger Waisenhauses machte, daß sie nämlich mehr dafür sorgten, die angebliche Not der Agrarier zu mildern, als ihre Schutzbefohlenen für den späteren Kampf ums Dasein tüchtig zu machen. In der Wohlauer Provinzial-Erziehungsanstalt waren am 12. Juni d. J. 210 Züglinge untergebracht, von diesen wurden 48 in der Gärtnerei, 12 in der Küche, 10 in der Waschküche, 27 in der besonderen Stall- und Landwirtschaft, 55 im Wiesen- und Wegebau und 12 als Hühner oder Vögel beschäftigt, diesen 164 Züglingen stehen, nur 42 gegenüber, die in einem Handwerk ausgebildet werden. Nun stammt aber der überwiegende Teil der Zwangsjuglinge aus den Großstädten und Industriezentren, wo das Kapital dafür sorgt, daß die Arbeiterfamilie oft nicht in der Lage ist, ihre Kinder zu erziehen. Diese Kinder werden geradezu mit Gewalt der Landwirtschaft mit ihren traurigen Löhnen und erbärmlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zugeführt. Die

Das Stuttgarter Hukelmännlein.

Erzählung von Edward Bräse.

18] Uns eins, da ihn der Oberknecht noch wachen sah, sprach der zu ihm, wenn er auf Nachtruhe halte, hier sei er in die un-rechte Herberge geraten, das Schlafen in der Wühlle wohl gelernt sein wie das Platanenbellen in der Hölle; er soll aufstehen, sie wollten sich selbst die Zeit vertreiben mit Erschaden — langte die Karten vom Wandbrett herunter und stellte — einen vollen Bierkrug auf den Tisch. Der Sepp wollte nicht, bekannte auch, daß er Gelds ohne sei; alle da hieß es: „Schuster! kein Schnappschuß hat ein leidlich Gewicht, und Stein hast Du keinestwegs darin; wenn aber, so sei uns ein ehrlicher Schulzner!“ So gab er endlich nach und nahm sein Spiel vor sich. Welter! wie paßten gleich die Karten da auf! Was er nur zog und hinwarf: allemal die besten Stücke! Jetzt wurden seine Sinne hell und wach zumal, er dachte: Sei, da springt ein Wandergeld heraus! Das erste Spiel gewonnen, das zweite desgleichen! Beim dritten und beim vierten zog er heimlich den Schuh aus unter dem Tische, daß es nicht merklich würde, und verhielt's damit hintereinander, doch brachte er es vier- und sechsfach wieder ein, und pünktlich machte einer jedes Mal die Striche auf die Tafel, daß man's nachher zusammenrechnen könne. Es war ihm über einen Gulden gut geschrieben, und als den andern endlich so die Lust verging, war es ihm eben recht und legte er sich noch ein Stündlein nieder. Da fiel der Schlaf auch bald auf ihn als wie ein Malterlad, doch ohne Beklung. Er war mit seinem Geiste in Ulm und träumte — nur von Grewel, Gift und peinigendem Gericht. Ein Wahnwitz, welcher durch das Stüblein lief, vernahm von ungehör, wie er im Schlaf die Worte rebete: „Ihrn Solgen hilft kein Goller und kein Kopswech kein Kranz!“ — ging hin und hinterbrachte den Anrechten; die kamen jugeshalber und fanden um den Schlo-jenden, sein bitterlich Gesicht bescherzend. Auch nekelten sie ihm den Kranz auf aus Firtwis, was er Schatzwerts darin habe, jagen das schwere Blei heraus und lachten ob des Knaben Ent-salt sohermachen, daß ihnen gleich das Schießell hätte plaken mögen. „Tropf!“ sprach der eine, „hast Du sonst nichts gehoffen, darum springt Dir der Strich nicht nach!“ — und packten's ihm wieder läuberlich ein.

Als nun der Sepp endlich am nächsten Tag erwacht war, gürte er sich gleich, nahm Gut und Stuch und fand die beiden Spielgejellen in der Wühlle am Geschäft. Er hätte gern sein Geld geholt, wenn es auch nur die Hälfte oder ein Drittel sein sollte. Sie aber lachten mit Jaren und Zeichen, bedeuteten ihm, sie verständen nicht über den Rärm, was er wollte, und hätten un-möglich der Zeit. Nun sah er wohl, er sei betrogen, lehrte den heillosen Schelmen den Rücken und ging hinaus, dem Müller

seinen schuldigen Dank abzustatten. Dort in der Küche gab man ihm noch einen glatt geschmälzten Hirsenbrei; damit im Leibe wohl verwahrt, zog er zum Tor hinaus und über die Brücke, dann rechts Oberenstingen zu. Wenn hätte er zuvor den Herbergvater in der Stadt um eine Wegspende angegangen, er trauete aber nicht, weil er in Ulm sich keinen Abschied in sein Büchlein hatte schreiben lassen.

Auf dem Berg, wo der Wolkstluger Wald anfängt, sah man damals auf einem freien Platz ein paar uralte Linden-bäume, ein offenes Behausen dabei, samt eisernen Hühnerkäfen. Mühe beschwerte sich der Sepp noch einmal die ausgefiederte blaue Alp, den Breitenstein, den Lechberg mit der großen Burg der Herzoge, so einer Stadt beinahe gleichsam, und Hohenneuffen, dessen Fenster er von weitem hell herblinzen sah. Er hielt dafür, in allen deutschen Landen möge wohl Herrlichkeit nicht viel zu finden sein als dies Gebirg zur Sommerzeit und diese weit gelegene Gegend. Uns hat an dem Gesellen wohl gefallen, daß er bei aller Lieblichkeit und Kimmernis noch solcher Augenweitz-pflegen mochte.

Von ungehör, als er sich wandte, fand er auf einem von den Hühnerkäfen ein Verslein mit Kreide geschrieben das konnte er nicht sonder Mühe entziffern; denn schlicht stand es nicht seit jünger, und Schnee und Regen waren darüber ergangen. Es hieß:

Ich habe Kreuz und Leiden,
Das schreib' ich mit der Kreiden,
Und wer kein Kreuz und Leiden hat,
Der wische meinen Reimen ab!

Der Sepp ruhte lang mit starren Widen auf der Schrift. Er dachte: Dem, welcher dies geschrieben, war der Mut so weit herunter als wie Dir, kann sein: noch weiter. Tröst ihn Gott! — Nachdenkam lehrte er sich zur Kapelle, legte Kransen, Gut und Stuch, wie sich gebührte, hauste ab und ging, seine Andacht zu halten, hinein; nach deren Verrichtung er sich bei den Klönen und Sprüchen verweilte, so von allerhand Volk von frommen Pilgrimen und müßigen Betern, an den Wänden umher mit Kopfein oder mit dem Messer angeschrieben waren. In einem Eck ganz hinten fand zu lesen dieser Reim:

Witt, Wanderer, für mich!
So bist du für dich,
Mit Schmerzen ich hüße,
In Tränen ich stüße.
Das Erb der Armen,
Das hebet Erdarmen.

Nicht wie ein Witzspruch zückten die Worte in ihm, war ihm eben, als stehet es ihr aus den Fellen an zungenen Händen um seine Fürbitte, als eine letzte Bitte der Frau, so ihrer vor allen den lebenden Menschen bedürfte. Seit jener Stunde, wo er sich im stillen von ihr hied, war ihm noch kein Bedenken oder Sorge angelommen um das be-

herbe und verlorene Weib; nun aber fiel das treue Schwaben-herz gleich willig auf seine Knie, bezog an seinem Teil und wüßte recht, Gott möge ihren bösen Sinn zur Ruhe lehren und ihr bereitens gnädig sein; für sich insonderheit bat er, Gott wolle seiner schonen und ihn sein blutig Ende an ihr erleben lassen. Hierauf erhob er sich, die Augen mit dem Ver-mel wischend, und setzte seine Kette fort.

Nach dreien Stunden, um Bernhausen auf den Fildern, hub sein Magen an mit ihm zu hadern und zu brummen. Er hätte sich mit seinem Lot in manches reichen Bauern Haus und Küche leichtlich wie Roland's Knappe helfen können, welcher vermittelt seines Däumelings dem Sultan sein Leib-essen samt der Schüssel freit vor dem Maul wegnahm. Ihm kam jedoch vor Traurigkeit dergleichen gar nicht in den Sinn; auch hatte er sein Leben lang weder geistlichen noch gebettelt. Kein leiblicher Weggenos ist aber denn der Hunger. Er raust, wenn er einmal recht anfangt, einem Wandersmann schodwels die Kraft aus dem Gebein, nimmt von dem Herzen Trost und Freudigkeit hinweg, schreit allen alten Jammer nach, recht wie bei Nacht ein Hund den andern aufweckt, daß ihrer sieben mit-einander heulen. Das dauerte bei dem Gesellen, bis endlich Geduld da war und er nun um die Mittagszeit seine Vater-stadt im lichten Sonnenschein und Rauch vom Berg aus liegen sah. Da brauchten ihn die salzigen Tropfen vor Freuden im Aug und waren seine Hüße alsobald wie neugedoren.

Von weitem hörte er Trompetenschall und sah es vor dem Tor und in den Straßen blenden und wimmeln. Die Ritter kamen in Harnisch und Wehr zurück vom großen Stechen: Rok und Mann bis an den Helmbusch voller Staub. Es mochte sein von Grafen, Edelherren und Knappen, von Bürgerwehren und hielem Landvolk.

Der Sepp drückte sich, wie er zur Stadt hinein kam, schier nur an den Säulen hin; denn ob er gleich unsichtbar ging um seiner schlechten Kleidung willen, auch weil er abel, schwach und schwindlig war vor übergroßer Anstrengung, weshalb er nicht viel Grübens oder Redens brauchen konnte, so war ihm doch bei jedem Schritt, wie wenn die Blicke aller Leute auf ihn zielen, und wurde rot und blaß, so oft er ein guter Bekannter oder ein Mädchen seiner alten Gastfreundschaft bei ihm vorbeilachte. Er streute einen engen Gästlein zu im Bohnen-viertel, wo eine alte Waise von ihm wohnte. Am Eck schob er den Kranz recht herum, und schon von ihrem Fenster aus begrüßte ihn das gute Fraulein seine Dot. Er sprach mit leib-lichen Kräften die Stege noch hinaus, aber unter der Tür kniet er in den Knien zusammen und schwand ihm zumal die Sinne. Die Frau rief ihren Hausmann, holte Wein und was ihm helfen mochte. In dem Augenblicke, da sie den armen Wanderer zu weit zurecht gebracht, daß er aus seinen Hüßen steh, lag hinter den Tisch liegen, essen und trinken konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Erziehung lehrt, daß sie nur kurze Zeit nach der erlangten Freiheit auf dem Lande es aushalten, dann kehren sie wieder zur Stadt zurück, und hier vermehren sie die Zahl der ungelohnten Arbeiter, vielfach aber versinken sie in das Meer der unglückseligen Gelegenheitsarbeiter, die einen so erschreckend hohen und doch nicht verwunderlichen Prozentsatz zu den Nachtbrechern stellen.

Verlagt also die Fürsorgeerziehung schon durch die Auswahl der Arbeit, so noch mehr durch die Art, wie die Erziehung gehandhabt wird. Das Erziehermaterial ist es vor allem, das den Zwangsanstalten den Charakter von Gefängnissen gibt. Gewiß sind die Leiter der Anstalten pädagogisch vorgebildete und, es braucht nicht geleugnet zu werden, vielfach auch tüchtige Männer, gewiß mögen die Lehrer an den Anstalten für ihr Amt durchaus geeignete Kinderbildner sein, aber die eigentlichen Erzieher, mit denen die Pfleger zusammen, zu „Familien“ gruppiert, leben und unter deren unmittelbarem Einfluß sie stehen, die sie zur Arbeit heranzubilden sollen, versagen vollständig. Denn wir uns das Personalverzeichnis der Wohlauer Anstalt ansehen, so finden wir schon rein äußerlich, daß diese sogenannten Erzieher zur Klasse der sogenannten Unterbeamten zählen. Es sind Handwerker, die ihre Militärdienstzeit hinter sich und dabei den Versorgungsschein nicht erworben haben, die wohl den Diktat erlernen haben, aber nicht die so unendlich schwierige Kunst der Erziehung. Sie sind nicht die Erzieher ihrer Zöglinge, sie sind das, als was letztere sie ansehen und — fürchten, ihre Anstreiber und Aufpasser. Die bekannten Erziehungsmaximen, die sie beim Militär kennen gelernt haben, bringen sie in die Anstalt mit, und mit solchen Leuten glaubt man dann, junge verblödete, feilsch und fittlich verkümmerte Menschen aufrichten und stark machen zu können! Der Direktor des Wohlauer Strafgefängnisses, der selbst früher eine Erziehungsanstalt geleitet hat, möchte wohl wissen, um was es sich handelt, als er verlangt, man müsse den Anstaltsleitern Hilfskräfte zur Seite stellen, die nicht glauben, daß durch Schimpfen, durch Flüchen und Verabsolutung von Puffen die besten Erziehungsresultate erzielt werden.

Schließlich aber fehlt in der Fürsorgeerziehung fast gänzlich das ärztliche Element. Es fehlt gerade hier, wo es sich eingetandenermaßen in der größeren Zahl der Fälle um körperlich und geistig degenerierte Menschen handelt. Wie oft mag der angebliche Trop, der Starrsinn, die „Verstumpftheit“, die Simulation nichts sein, als ein Ausfluß der geistigen Abnormität des Zöglings. Der Erzieher ist aber nicht imstande, die Ursache zu erkennen, er wendet seine „Erziehungsmittel“ an, unter denen der Stoff und die Erziehung die Hauptrolle spielen, und erreicht damit nichts anderes, als daß der Zögling bei passender Gelegenheit an der Waise, was er auf der Flucht Straftaten begeht, um nur ins Gefängnis zu kommen.

Und es hat recht, das arme bedauerliche Menschenkind, das Gefängnis ist auch nicht schlimmer als die Pflegeanstalt, in beiden ist es nicht als der schlimme, schuldig gewordene Missetäter, dessen Tat die Sühne erhellt. Ob er unter der Fuchel des Fürsorgeerziehers steht oder unter dem Kommando des Gefängnis-Aufsichters, im letzten Grunde ist das gleich, und ob er den Drang nach freier Betätigung in der engen Zelle des Gefängnisses mißt oder in der bitteren Fron des Besserungshauses, die Wirkung ist dieselbe. Fast immer wird er sich und der Gesellschaft verloren bleiben. Und schließlich hat er es im Gefängnis ja noch besser, als in der Anstalt. Er ist zwar stundenlang allein, aber er ist damit auch der ständigen Erziehungskünsten entzogen, die er nur als Peinigung empfindet, weil er instinktiv fühlt, daß sie ihn nicht fittlich haben und daß sie ihn nicht stark machen für den Kampf um spätere Dasein.

Darin liegt eben der vollständige Bankrott unserer Fürsorgeerziehung ebenso sehr, wie der Gefängnisucht, daß sie in dem noch längst nicht überwundenen finsternen Geiste des Mittelalters in den Vorbergrund allein die Sühne und die Abschreckung stellen und nicht die Läuterung und fittliche Erziehung. Durch Reformen wird man hier schließlich einige Milberungen erzielen, wahre Erfolge aber werden nur dann erreicht werden können, wenn man die letzten Ursachen der Verwahrlosung, die in den wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit liegen, beseitigt.

So lange das nicht geschieht, wird es auch hier bleiben, daß man die Krümen erst schuldig werden läßt und dann noch strafte.

Politische Uebersicht.

Wahltag!

Samst. 16. Juni.

Heute vor drei Jahren haben wir zum Reichstag gewählt: 1893 von heute in zwei Jahren werden wir wieder wählen.

Seit Anfang der neunziger Jahre ist der 15. oder 16. Juni zum Tage der Reichstagswahlen geworden. Die Wahlen von 1893 fanden am 15. Juni statt, die von 1898 am 16. Juni, die von 1903 wieder am 16. Juni.

Während die Konservativen und National Liberalen nicht im Jahre 1898 durchgehends, daß die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert werden, so wäre das Mandat des Reichstags von 1898 heute bereits abgelaufen. Wir hätten heute eine Zeit aufgereicher und aufreibender Wahlen hinter uns, und was man würde uns der Legislatur aus allen Gegenden Deutschlands die Kunde bringen, wie das deutsche Volk zwischen den Parteien entschieden habe.

Obgleich es nach dem Willen der Sozialdemokratie, so würden solche Wahlen die Teilnahme der Reichstagsmitglieder auf fünf Jahre verlängert werden, so wäre das Mandat des Reichstags von 1898 heute bereits abgelaufen. Wir hätten heute eine Zeit aufgereicher und aufreibender Wahlen hinter uns, und was man würde uns der Legislatur aus allen Gegenden Deutschlands die Kunde bringen, wie das deutsche Volk zwischen den Parteien entschieden habe.

würde, seine, in ein wichtiges um seine Geltung ringendes Programm, klare Ziele und frohe Zukunftsaussichten besäße.

Und so gibt es bei jeder neuen allgemeinen Reichstagswahl nicht bloß für die Klassenbewegung, sondern für die ganze politische Öffentlichkeit des Inlandes wie des Auslandes nur eine wirklich spannende Frage: Wie wird sich die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren seit der letzten Wahl entwickelt haben? Ist es möglich geworden, der steigenden roten Flut einen festen Damm entgegenzusetzen, oder wird sie immer weiter fort?

Seit einiger Zeit wagen unsere Gegner wieder zu hoffen. Die Ergebnisse einiger Reichstags-Wahlkreise, bei denen die Sozialdemokratie die im Jahre 1898 erreichte Stimmenzahl nicht nur behaupten vermochten, haben einen Teil von ihnen mit sich führen und phantastischen Erwartungen erfüllt.

Wir bewahren, daß nicht schon der heutige Tag jenen phantastischen Hoffnungen die Gelassenheit geboten hat, die Probe auf das Exempel zu machen. Da uns aber durch den Willen unserer Feinde noch zwei Jahre gegeben sind, ehe wir die nächste Probe unserer Kraft ablegen dürfen, werden wir die uns gewährte Zeit reichlich auszunutzen wissen. Sie ist nicht lang! Wie nach liegen die allgegenwärtigen Wahlerfolge der letzten Wahlen noch unter aller Erinnerung — viel länger noch, als die Selbstspannung, die sie ausschlagen! Ist jene, die uns von den nächsten Wahlen trennt. Die zwei Jahre werden im Fluge um sein, bis an jeden einzelnen Klassenbewußten Arbeiter, jedem einzelnen Genossen die Bewußtseinsfrage herantritt, was er dann getan habe, um den Sieg der großen gemeinsamen Sache zu fördern. Die letzten Jahre haben — wir dürfen es ohne Uebeltun sagen — der Organisation und der Presse der Partei vorzüglich einen erheblichen Aufschwung gebracht, und in diesem Aufschwung drückt sich eine gewaltige Summe von Arbeit aus, die von zehntausenden Einzelnen, Unbekannten geleistet worden ist. Dieser unermüdbaren Willen Arbeit kann unsere Bewegung nicht entbehren, denn ihr Gelingen hängt ihr Fortschritt und ihr Bestehen ab. Daraus ist die Erinnerung an den 16. Juni eine bringende Mahnung, an all die ungeschulten Laufende, die in dem Drang um die Ziele der Sozialdemokratie ihren besten, heilsamen Lebensinhalt gefunden haben. Nur noch zwei Jahre sind's bis dahin — längstens! Und je früher er vorbereitet wird, desto größer wird der Sieg sein!

Die Herren und die Volksschule.

Das neue preussische Volksschulgesetz magt sich der Vollendung. Der entscheidende endgiltig, ob dieses Gesetz, das die geistigen Erziehung der breiten Volksmasse einschneidend berührt, zur Durchführung gelangen oder fallen soll? Etwa das Volk? Es ist in keinem Stadium der Beratung im seine Meinung gefragt worden, es hat diese Meinung doch ausgesprochen, in tausend empfinden Versammlungen hat es das Gesetz verworfen. Aber eine Stimme zählt nicht! So mag denn die letzte Entscheidung vielleicht bei den Abgeordneten des Reichstages, bei den Theoretikern der pädagogischen Wissenschaften liegen? Sie haben in einem mit viel Unterwürigkeit bedeckten Aufbruch, sich gegen das Gesetz ausgesprochen — aber auch ihre Stimme gilt nicht! So mögen es wohl die praktischen Fachleute der Schule sein, die Volksschullehrer, die deren Urteil das größte Gewicht gelegt wird? Nein, auch die Volksschullehrer haben kein gesprochen, und man weiß sehr wohl, daß es unter zehn preussischen Lehrern nicht einen gibt, der von der drohenden Jugendverwahrlosung etwas gutes für die Schule erwarten möchte. Aber was gilt in Preußen eine Volksschullehrer? Sowie, daß ihrer zehntausend noch lange nicht einen Referenten im Kultusministerium aufzulegen!

Die letzte Entscheidung steht nicht beim Volk, nicht bei den Männern der Wissenschaft, nicht bei den Erfahrungen der Praxis, sondern bei einer Versammlung mehrerer, vönerlicher, preussischer, schlesischer und Ostpreussischer, teils abgaben Leuten mit biden goldenen Urteilen und kleinen Köpfen. Die Vertreter des besitzlichen Großgrundbesitzes, die Gesetzgeber vom preussischen Herrenstand sind es, die in letzter Linie dazu berufen sind zu entscheiden, ob der preussische Schulentwurf Gesetz werden soll oder nicht. Das Volk, die Pädagogen der Theorie und der Praxis sagen, das Gesetz ist schlecht!, aber das preussische Herrenstand, das weder an der Volksschule interessiert ist, noch von ihr etwas versteht, sagt, das Gesetz ist gut, und dabei muß es dann sein Bewenden haben.

Das englische Oberhaus, das wirklich auf historische Rechtsboden steht, nicht wie das preussische die Erfindung eines Monarchen ist, und das immerhin eine ganz stichtige Summe staatsmännlicher Intelligenz repräsentiert, hat längst getrotzt, einen analogen Schulgesetzentwurf zu Falle zu bringen, der dem Verheißungen des Volkes entspricht, und der in konstitutioneller Beziehung das direkte Gegenteil seines preussischen Zeitgenossen ist. Aber diese Drohung wurde aus dem Vollen heraus damit beantwortet, daß die Kattation um Beseitigung des Oberhauses gewaltige Fortschritte macht, und sogar die Möglichkeit eröffnet wurde, die englische Regierung selbst könnte sich eines Tages an die Spitze einer Bewegung stellen, deren Ziel die Abschaffung der Reichstammer ist. In Preußen aber bereitet sich eine herrschende Minorität, eine reaktionäre Regierung, ein ebenfalls, vom Volk nicht anerkanntes Dreiklassenparlament, und eine agrarische Ständevereinbarung zum Widerstand gegen den Willen des Volkes, die Forderungen der Wissenschaft, die Wünsche der Praktiker! Und da hat man, daß es die Sozialdemokratie ist, die sich bemühe, in Preußen-Zustand revolutionäre Situationen herbeizuführen. Während es doch in Wahrheit die herrschenden Mächte sind, die den Volkstum täglich heranzuführen! Sie treten die Rechte der Eltern mit Füßen, sie spotten der Wissenschaft, verachten die sachmännliche Erfahrung und stellen auch auf die Verfassung.

Der polnische Herr von Raschewski hat zu Beginn der Herrenversammlung vom Freitag den juristischen Nachweis geliefert, daß das Herrenhaus im gegenwärtigen Stadium der Beratung noch gar nicht berechtigt ist, in die Leitung des Gesetzes einzutreten. Aber für seinen Antrag, das Schulgesetz vorläufig von der Tagesordnung abzusehen, erheben sich nur zwei seiner nächsten Freunde zur Unterstützung. Wäre es noch Herrn von Raschewski und seinen strengen Auslegung der verfassungsmäßigen Bestimmungen gelungen, so hätte das Herrenhaus bis weit in den Sommer hinein tagen müssen. Die Habereis der preussischen Herren ward also als über der preussischen Verfassung stehend durchlaminiert.

Und dann war es noch ein anderer Grund, der die Herren zur Eile antreibt. Herr von Raschewski sprach ihn offen aus: es liegt Gefahr im Verzuge, die fast reife Frucht des Gesetzes könnte den Händen der Gesetzgeber am Ende von einer energischen Volksbewegung entzogen werden, wenn man nicht eilends zugreift. Herr von Raschewski und seine Freunde lieben aber dieses Gesetz, denn es ist, wie der Redner der im Herrenhaus herrschenden Richtung erklärte, ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie. Und dennoch fordert diese Meinung „gründliche Beratung“, will sie sich etwas Zeit lassen, behält sie sich sogar das Recht vor, den Entwurf verändertert an das Abgeordnetenhaus zurückzugeben zu lassen? Was diesem Raschewski der Herr von Raschewski hinterher erklärt, indem er gelegentlich die Bemerkung einfließen ließ, daß einige seiner Standesgenossen durch erhöhte Pflichten der Schulunterhaltung materielle Einbußen erleiden würden. Das Organ des Herrenhauses, die „Arbeitszeitung“, hat jüngst erklärt, es sei die Pflicht einer wohlorganisierten Obrigkeit, die Seelen der Kinder dem Reiche Gottes zuzuführen. Das Gefühl der Standesgenossen Raschewski, denn Raschewski, deren Seelen dem Reiche Gottes zuzuführen werden sollen, geben bis dahin billige Pferde, und billige Aufträge ab. Daß aber diese Einführung in das Reich Gottes, sie, die Herren, ihre runden Taler kosten soll, das kümmert sie doch ein wenig. Es entsteht also die Frage, wer die Kinderbüchse zum Eintritt in das Reich Gottes bezahlen soll.

Merkwürdig! Die in materialistischer Bemühtung vertriebenen Massen des Volkes haben sich bei der Beratung des preussischen Schulgesetzes nur für das ideale Grundproblem des „religiösen oder religiösen Unterrichts interessiert. In der oben genannten Sphäre der Geistes und Besten aber wird die Frage der Volkserziehung zu einer Selbstangelegenheit der „Kulturwelt“.

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es der Regierung gelingen wird, die Selbstangelegenheit der „Kulturwelt“ zu beruhigen — die Schulfrage wird dann sehr bald zu Ende sein. Ein trauriges Ende — ein kläglich, beschämender Ausgang!

Pressfreiheit — Vogelfreiheit.

Aus Halle wird uns geschrieben: Auf der Suche nach dem Verfasser war man wieder einmal in einem gegen den Genossen Gelling anhängig gemachten Verleumdungsprozeß. Es soll durch eine Notiz im „Vollblat“ einen sogenannten Verleumdungsprozeß, der unter anderem mit acht Jahren Zuchthaus bestraft ist und sich nach Angabe des Ober-Polizei-Inspektors Wüchmann in verächtlicher Weise an die Polizei herangebracht hat, beteiligt haben. Vor dem Schöffengericht als erste Instanz, wo Gelling freigesprochen worden, hatte man dem Genossen Redakteur Wüchmann als Verantwortlichen verurteilt. Genosse Wüchmann übernahm als Zeuge die Verantwortung, lehnte aber die Beantwortung der Frage nach dem Verfasser ab. Die Strafkammer erklärte die Verleumdung des Verantwortlichen für unzulässig. Nun wurde aber auch noch Genosse Redakteur Wüchmann gezwungen, als Zeuge in der Sache aufzutreten. Er konnte aber bezüglich der Verleumdung nichts sagen, da er damals gar nicht in der Redaktion tätig gewesen war. Schließlich vernahm man noch einen Genossen, der früher in der Volksschulverwaltung tätig gewesen ist. Er behauptete, daß er Gelling als Verleumdungstäter kenne, und daß Gelling in der Volksbuchhandlung ab und zu Papier geholt habe. Damit kam man auf der Suche nach dem Verfasser wahrlich nicht vorwärts und man verlagte die Verhandlung. — Das Gericht mag sich viel Mühe machen um einen mit 8 Jahren Zuchthaus bestrafte Menschen, der im Privatwege klagt.

Wort und Strafrecht. In der neuesten Nummer der Deutschen Juristen-Zeitung spricht sich Justizrat Doktor Strang über die Verhandlungen der russischen Duma über die Abschaffung der Todesstrafe folgendermaßen aus:

Die russische Duma hat sich für die Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen. Dessen Antrag soll der Ministerrat genehmigt sein. Immer weitere Kreise Russlands neigen sich durch die Todesstrafe bekämpft werden; man müsse ihre Ursachen beseitigen, deren eine eben die Unmenge Straftaten sei. Westwärtsgerichtet ist für die bevorstehende Strafrechtsreform bei uns die Beseitigung der Todesstrafe keine so ungewöhnliche Rolle, wie ebendem. Um diese Frage wogte der härteste Kampf zwischen Bundesrat und Reichstag bei Einführung des geltenden Strafgesetzbuches. Die selbst sind Gegner der Todesstrafe. Hauptächlich aus zwei Gründen. Absolut bestimmte Strafbestimmungen, die für gewisse Verbrechen nur eine einzige Strafe kennen, sind ungerechtfertigt. Denn bei keinem Verbrechen ist, wie Merkel in seinem Gutachten für den Juristentag über den norddeutschen Entwurf mit Recht betont hat, ein solches Maß von Schuld unvermeidbar gegeben, daß demgemäß alle Unterschiede, die sich aus der individuellen Gestaltung des einzelnen Falles ergeben, als bedeutungslos verschwinden. Selbst bei Mord kann unter Umständen ein entschuldigendes Moment gegeben sein. Und wie schwer ist die Grenze zwischen Justizverbrechen und Justizverbrechen lassen sich bei der Todesstrafe nicht wieder gutmachen, so lange die Toten nicht wieder erwecken.

Ein Jurist, Justizrat und Doktor sagt: Der Mord kann unter Umständen geboten sein! Der Breslauer Zeitung und anderen alten Tanten zur erneuten Entrüstung empfohlen.

Unser letzter Freund. Unter dieser Epithete brachten wir in der Nummer vom 1. Mai — die bekanntlich wegen des Raatsgebrüchlichen Malgedichtes konfiszirt wurde — eine Berliner Korrespondenz, die auch durch eine große Anzahl anderer Parteiblätter ging. Es war in derselben unter Bezugnahme auf den Kaiser Franz Josef von Österreich an eine briefliche Beurteilung der Grafen Bernstorff an ihren Gatten aus dessen Memoiren tritt, die folgenden Wortlaut hatte:

„Der Kaiser ist zu merkwürdig; er wiederholt alles, was die Kaiserin sagt, erst deutsch, dann französisch und mit der Gleichzeitigkeit einer Glier. Als wir uns schon a recalcans (rückwärts schreitend, wie es das Hofzeremoniell vorschreibt) entfernten, murmelte er immer noch: „Comtesse Bernstorff, charmé d'avoir fait votre connaissance!“ und gleich darauf auf deutsch: „Gräfin Bernstorff, sehr erfreut, Sie kennen gelernt zu haben.“ Im übrigen, so schwach er auch geistig sein mag, habe ich ihn nicht für ganz harmlos (völlig harmlos), denn als zum Beispiel die Kaiserin von Frau v. Hochschild die Antwort erhielt, sie habe den Sommer zum Teil in Neuchâtel zubracht, sagte er mir: „Das liegt so schön am Fuße des Schneebirg, und leider kann ich es nicht.“ Dies war doch eine ganz zusammenhängende Phrase, die man ihm unmöglich hätte einzuwenden können. Er hat einen sehr großen Kopf und merkwürdig kleine Ohren und Nase. Die Augen bedeckt er manchmal selbst, wenn er die Kaiserin zur Konversation zur Hilfe ruft.“

Herr von Raschewski, einer der bestgehenden Richter der zweiten Instanz, machte schon in dem Aufreißungsprozeß gegen Genossen Raschewski den Reiz, diese Notiz zur Sprache zu bringen und — höchstwahrscheinlich — gegen den Angeklagten auszusprechen. Doch lehnte das Gericht ein Eingehen darauf ab. Wie wir uns inzwischen aus einem uns zur Verfügung gestellten Exemplar der Memoiren des Grafen Bernstorff überzeugen können, ist der Brief, der die ältesten Stellen enthält, vom 18. August 1848 datiert. Da Franz Josef aber erst am 2. Dezember 1848 zur Regierung kam, nachdem der geisteskränke Vorgänger niedergelegt hatte, so kann die älteste Stelle, die immer nur von „dem Kaiser“ (ohne Namensnennung) spricht, nur auf den Vorgänger, Kaiser Ferdinand, bezogen werden. Unsere Folgerungen sollen damit fort aber die Tatsache behauptet werden, daß in allerlei für hebräisch (biblisch) gehalten Mensch als Monarch vom Gottes Gnaden die „schweren Geschäfte der Regierung“ führen konnte und daß während seiner Amtszeit die Verleumdung des „Herzogs“ als geisteskränklicher Strafe wegen Missethatsverleumdung gebührt hätte.

„Vollblat“ — Schluß. Das Schatzmacherverfahren des seligen Stumm, die „Vollblat“, ist mit, daß ein Paßbeamter, der in dem beinahe verdrängt steht, mit dem Geheimnis der verfassungsmäßigen Partei in Verbindung geranden zu haben, wegen Unterschlagung zahlreicher Briefe in Untersuchungshaft genommen worden ist. Es handelt sich angeblich um den Verleumdungstäter, dem die Verleumdung im Polizeipräsidium obliegt. Der Verleumdungstäter ist, nach der „Vollblat“, abergenannter Angeklagter der Sozialdemokratie und soll verurteilt worden sein, daß die Verleumdung dem „Vorwärts“ ausgeschrieben haben, der diese Verleumdung veröffentlicht hat. Dazu berichtet der „Vorwärts“ heute: Der Verleumdungstäter sei Ende März d. J. in Untersuchungshaft genommen worden, und zwar weil man ihn im Verdacht hatte, dem „Vorwärts“ Briefe und Druckdrucken übermitteln zu haben. Die Untersuchung hat die obblige Unschuld des Verleumdungstäter und die Unschuld der Untersuchungshaft ergeben. Daraus ist der Vorwärts am 26. Mai an der Untersuchungshaft entlassen worden. Vor wenigen Tagen ist Klage gegen ihn erhoben. Er ist lediglich beschuldigt, einige Geschäftsbriefe solchen nicht bestellt zu haben und dadurch sich eines Vergehens schuldig gemacht zu haben.

Dieses „Post“ hat dieser Tage die unglaubliche „Industrie“ begangen und verraten, daß der Parteivorstand der Sozialdemokratie für die allernächste Zeit die Etablierung des Zukunftsplans! Daburch sind nun alle unsere Hoffnungen, bald im Zukunftsplan zu wohnen, wieder zu Wasser geworden. Was doch so ein Schatzmacher halt alles anrichten kann!

Was ein Pfarrer nicht darf. Der Pfarrer Kocell, der Kandidat der vereinigten Liberalen bei der letzten Reichstagswahl in Darmstadt, soll wegen Verletzung der Wahlparole, die zugunsten des Sozialdemokraten lautete, disziplinarisch bestraft worden sein.

Die freisinnige Schwindsucht. Die „Freie Deutsche Presse“ läßt von jetzt ab wieder ihren früheren Titel „Freisinnige Zeitung“ und wird demnach nur noch einmal täglich erscheinen.

Anstaud.

Das Vaterland in Gefahr.

„Social-Demokraten“, das Hauptorgan unserer scheidenden Genossen, hat der Bourgeoisie und ihrer Presse Ende der vorigen Woche eine gewaltige Ueberraschung bereitet, indem es plötzlich einen ausführlichen Bericht von dem großen Einigungs-Kongress der russischen Sozialdemokratie veröffentlichte, der vom 23. April bis zum 7. Mai d. J. in Stockholm stattfand. Ohne daß die Deutschnation, ohne daß sie sonst jede Neugier auf überhebende bürgerliche Presse und selbst die hochwohlgeborene Polizei etwas davon erfuhr. Die reaktionäre Presse beklagt die Regierung, ob sie von diesem „schrecklichen Ereignis“ gehört habe, ob Schweden dadurch nicht in eine „fürchterliche Gefahr“ geraten könne. Die Minister hatten von der Sache natürlich ebenso wenig gewußt, wie andere Sterbliche, aber nach den Erklärungen des Ministers des Innern zu urteilen, scheinen sie betrüblicherweise die Angelegenheit so fürchterlich nicht aufzufassen. Dagegen scheinen einige reaktionäre Blätter in eine wahre Raserei verfallen zu sein; sie schreiben von einem „Richtungs-Kongress“, von einer „Veränderung der Propaganda der Partei“ — obwohl der Kongress beinahe ausschließlich in gegenseitigem Sinne beschlossen hat — und behaupten, daß die schwedische Sozialdemokratie das Land höchst gefährlich für die russischen Sozialdemokraten habe, weil sie den Russen Gastfreundschaft bewies. Den Genossen Branding möchte man als den Hauptschuldigen an dieser „Landesverräterischen Handlung“ am liebsten aus dem Reichstage hinauswerfen. Branding antwortete auf diese perfiden und törichte Angriffe scharf und sachlich im „Social-Demokraten“. Dabei erinnert er auch daran, daß es nicht das erste Mal war, daß ausländische Sozialdemokraten in einer der nordischen Kampfschlachten eine Zuzucht für ihre Verhandlungen suchten und fanden; es war bekanntlich die deutsche Sozialdemokratie, die ihren Parteitag von 1883 in Kopenhagen abhielt. Die Verhandlungen des russischen Parteitages in Stockholm sind den deutschen Genossen mittlerweile durch die ausführlichen Berichte in der „Neuen Zeit“ und anderen Partei-Kältern bekannt geworden.

Sebbon.

Auf der Heimreise vom australischen Festland nach Neuseeland ist der Premierminister der genannten Kolonie vom Tode ereilt worden. Es war eine interessante Persönlichkeit, die mit Sebbon zu Grabe gegangen ist, sein selbst-mache-man, der in der geschicktesten Weise es verstand, die sozialreformatorischen Tendenzen der australischen Demokraten mit den imperialistischen Bestrebungen auf ein „Größeres Britanien“ zu verbinden. Sebbon war 1845 in Ecclellan (Lancashire) als der Sohn eines Lehrers geboren; er wanderte ganz jung nach Australien aus, Gold zu suchen. Von da ging er nach Neuseeland, wo er sich an der Westküste als Bergmann ansiedelte; bald darauf wurde er Herbergswirt. 1879 trat er ins Parlament ein, wo er, ohne zunächst rechnerisch hervorzutreten, den Aufstieg der liberalen Partei zur Regierungsmacht vorbereitete. Die Arbeiter unterstützten die Liberalen und wurden so durch Sebbons Einfluß abgehalten, eine eigene Partei zu gründen.

Im Jahre 1890 trat er in die Regierung ein und übernahm das Ministerium der Bergwerke. Aber schon im Jahre 1893 war er der Leiter. Und „King Dick“ war nicht damit zufrieden, Premier zu sein, er vermittelte außerdem auch noch die Finanzen, das Arbeitsministerium und das der Nationalen Verteidigung. Als Gesetzgeber hat er sich besonders einen Namen gemacht durch eine umfassende soziale Reformgesetzgebung; das bekannte Schiedsgerichts-gesetz ist sein Werk. Die fürsorgliche Bevormundung, mit der hier durch Streikverbot und obligatorische Schiedsgerichte in allerdings weitgehenden demokratischen Formen die Arbeiterklasse bedacht wird, charakterisiert den Mann als einen Staatssozialisten und einen Demokraten mit autoritären Tendenzen. Auf wirtschaftlichem Gebiete war Sebbon Schutzvater und Chamberlain hat seinen eifrigsten Vertreter seiner Doktrinen gehabt, als ihn. So sehen wir ihn auch als überzeugten Imperialisten das konservative englische Ministerium unterstützen durch Abfindung von Freiwilligen nach Südafrika. An den großen Tagen seines Mutterlandes hat er stets Anteil genommen; er kam sowohl zum Jubelkranz-Feste 1897, als auch zur Thronbesteigung Eduards nach der englischen Metropole, und auch an der von Chamberlain einberufenen Kolonial-Konferenz war er hervorragend beteiligt.

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteifreie für Halle und den Saalkreis wurde in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Genosse Tabert, Arbeitsekretär im Saalkreis, gewählt. Der bisherige Parteifreie, Genosse Reitz, übernimmt, zunächst provisorisch, die Verwaltung des Parteipostens.

Rechtsunfähigkeit auf allen Gebieten. Aus Halle a. S. wird geschrieben: Belanglich sind vom Schöffengericht zum 120 Parteigenossen von der Anklage, durch Verbreitung des Wahlrechtstages am 14. Januar eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet zu haben, freigesprochen worden. Wegen dieser Urteile wurden Verurteilungen eingeleitet und die 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts beschäftigte in einem Einzelverfahren auch jüngst eine Freisprechung des Schöffengerichts. Dieses Verurteilungsgericht stellte sich auf dem Standpunkt des Kammergerichts, welches seinerzeit erkannte, daß die Flugblattverteilung keine mit Kraftankündigung verbundene äußerlich in die Erscheinung tretende Tätigkeit ist. Gestern hatte nun die 4. Strafkammer über 8 Flugblattverleiher — überall waren die Flugblätter auf Anordnung der Partei nicht öffentlich und zwar vor der Öffentlichkeit verbreitet worden — zu entscheiden und zwar kam diese zu der Ansicht, die Flugblattverteilung ist eine bemerkbare Arbeit. Und als nun heute wieder die dritte Strafkammer über 48 Fälle zu entscheiden hatte, erwiderte sich diese im Gegensatz zu der früheren Ansicht, daß die Verteilung eine öffentlich bemerkbare Arbeit ist. Bei der 3. Strafkammer wurden die Täter mit je 6 W. und bei der 4. Strafkammer mit je 8 W. Geldstrafe belegt. — Selbstverständlich wird gegen die Urteile Revision eingelegt. Dieses Schwanken in der Justiz kann das Vertrauen zur Rechtsprechung nicht heben.

Imn lebenden Redakteur des „Abnigsberger Volksblattes“ wurde Genosse Watzlaw aus Fort L. E. gewählt.

Arbeiterbewegung.

Die Ausperrung der Werkstudenarbeiter in dem Osenfabrikanten-Verbande angeführten Betriebe ist in das Stadium der Verhandlungen getreten. Die Unternehmer werden dazu gedrängt, einestells durch den den Beteiligten bezahlte auf die Regel brennenden Breslauer Streik, andererseits durch die verschiedenen ausstehenden Osenfabrikanten Deutschlands recht bedenklich. In Vellea ist bereits eine Firma (G. Birner u. Co.) abgeperrt worden und wieder die Arbeit aufnehmen lassen. Die Chancen stehen also für die Arbeiter gut. — Außer circa 400 in Breslau streikenden sind in 16 Orten circa 2500 ausgeperrte Werkstudenarbeiter zu unternehmen. Ausgeperrt haben bekanntlich nur die dem Verbands angeführten Fabrikanten. Eine Reihe von Rachenfabrikanten sind deshalb an dieser Zusatznote auf die Organisation der deutschen Arbeiter nicht beteiligt. Im übrigen ist die Stimmung der Ausgeperrten eine vorzügliche. Auch die Mittel zur Führung des Kampfes fehlen nicht. Außer den laufenden Beiträgen gehen auch schon von dem Verbands unter seinen Angehörigen veranstaltete Extra-Sammlungen ein. Die Berliner Osenfabrikanten haben am 7. Juni beschlossen, während der Dauer der Ausperrung außer den laufenden Beiträgen 6 Prozent des Wochenverdienstes an die Kampfkasse abzuführen. In Vellea führen die in diesen Betrieben nicht von der Ausperrung betroffenen Werkstudenarbeiter 10 Prozent ihres Wochenverdienstes ab. Auch sonst ist die Aufforderung des Verbands-Vorstandes zu Extra-Sammlungen freudig angenommen worden. Die Sache des Verbandes steht also gut, er ist gewiß, den Kampf mit Ruhe und Ernst bis zum ergebnisvollen Ende weiter zu führen.

Der Streik der Stultatzen in Leipzig dauert ununterbrochen fort. Von dem am 1. Juni in Streik getretenen 145 Kollegen arbeiten 48 zu den neuen Bedingungen, 42 sind abgereist und 55 befinden sich noch im Streik. Kein einziger ist wieder geblieben, aber bisher abstrahant geworden. Die notwendige Arbeit soll jetzt von Lehrlingen gemacht werden, freilich mit dem Erfolge, daß die Schutzkassen vergrößert werden. Der Unternehmerverband der Bildhauer, Modelleure und Stultatzen Deutschlands hat bei sich das Schwarzgelistsystem bis zur Aktivität entwickelt eingeführt. So verdrängt ein Jahrtausend des den Mitgliedern unter dem 1. Juni unter der Androhung des 9 der Geschäftsordnung, daß sie die nachstehenden Mitglieder des Stultatzengehilfenverbandes in Leipzig nicht einzustellen hätten; dann folgen die Namen von 106 Gehilfen, worunter auch diejenigen sind, die schon zu neuen Bedingungen arbeiten. Wenn irgendwo, ist hier die Verurteilung im Sinne des § 158 der Geschäftsordnung glatt, und bei einer Klage würde die Verurteilung keinen Augenblick zweifelhaft sein.

Die Hafenarbeiter in Hamburg befinden sich im Auslande, was wir zu beachten bitten.

Bei der Wählerwahl zum Gewerbeamt in Hannover siegte am 13. Juni die Arbeitervereine der Gewerkschaften mit ungeheurer Mehrheit gegen die Christlichen trotz deren intensiver Agitation. In 11 Bezirken erhielten die Gewerkschaften 4857, die Christlichen nur 255 Stimmen. Aus einem Bezirk mit 984 Wählern konnte das Resultat noch nicht erlangt werden, weil der Wahlvorstand die Urne mit nach Hause genommen hat (1), um dort die Zählung vorzunehmen. Der Mann ist gut. 1903 erhielten in allen 12 Bezirken die Gewerkschaften 4788, die Christlichen 212 Stimmen. Die Wahl bedeutet also einen glänzenden Erfolg und läßt als Kampfsprobe für die Reichstagswahl am 28ten d. M. das Beste hoffen.

Der Streikverbot in Mainz wurde mit Erfolg. Die Arbeitszeit wird sofort von 10 auf 9 1/2 Stunden reduziert, sofort tritt eine Lohnverhöhung von 7 Prozent in Kraft, am 1. April nächsten Jahres weitere 6 Prozent, so daß der Erfolg der Lohnbewegung eine Verlangung der wöchentlichen Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden und eine Gesamtlohnverhöhung von 13 Prozent ist, außerdem ein Arbeitsvertrag zwischen Organisation und Jünung, dessen Unterzeichnung mit Stilligkeit bis 1. Mai 1903 gestrich vor dem Gewerbeamt erfolgt.

Die Pariser Maurer und Bauarbeiter haben einen glänzenden Sieg errungen. Nach 42 tagelangen Kämpfe haben die Unternehmer den wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag und die geordneten Lohnverhöhungen bewilligt. Die Höhe der Löhne, die vor dem Streik 70-85 Rentes betragen, sind Staffelnweise auf 80 bis 95 Rentes festgelegt; die Rohmaurer erhalten nunmehr anstatt 65-65 Rentes 60-70 Rentes. Auch die Jugendlichen und die Bauhilfsarbeiter haben erhebliche Lohnverhöhungen aufgebildet erhalten. Es wurde darauf beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen; nur die Putzer und die Steinmehrer streiken weiter. Bmar wurde der Kampf um den Achtstundentag gekämpft und dieser ist noch nicht erreicht, aber, indem sich die Pariser Bauarbeiter mit dem gegenwärtig Ertragenden zufrieden geben, behalten sie das weitere Ziel doch im Auge.

Briefkasten.

G. W. Vom 47. Infanterie-Regiment sind zwei Bataillone in der Stadt Velen und eins in Schrimm garnisoniert. Bitte. Wenn Sie wollen, daß wir über die dortigen gewerkschaftlichen Vorgänge mehr berichten, so sorgen Sie bitte dafür, daß man uns wenigstens das wichtigste darüber mitteilt. Das ist bisher nicht geschehen. Es ist sehr wenig objektiv, einfach die Schuld auf die Reaktion zu schieben. Der heute gefasste Bericht ist auch schon einige Tage alt. Er kann erst in der nächsten Nummer folgen.

M. F. Ein preussischer Morgen fast 2659,2 qm.

Verzins-Kalender.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat.

Neue Graupenstraße 5/6, III., werden jederzeit Neuannahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Neuannahmescheine sowie Stellattel auf die „Volksmacht“ zu haben. Rechtsanwaltschaft können im Partei-Sekretariat nicht erstellt werden. Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereines haben von jetzt an von 7-9 Uhr Natl. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Gewerkschaftsanst.

Sonntag, den 16. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Montag, den 18. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Dienstag, den 19. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

Mittwoch, den 20. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Donnerstag, den 21. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Freitag, den 22. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

Sonntag, den 23. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Montag, den 24. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Dienstag, den 25. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

Mittwoch, den 26. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Donnerstag, den 27. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Freitag, den 28. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

Sonntag, den 29. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Montag, den 30. Juni: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Dienstag, den 1. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

Mittwoch, den 2. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Donnerstag, den 3. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Freitag, den 4. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

Sonntag, den 5. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Montag, den 6. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Dienstag, den 7. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

Mittwoch, den 8. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Donnerstag, den 9. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale. Freitag, den 10. Juli: Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im großen Saale.

3

Montag Dienstag Mittwoch billige Verkaufstage für Wollstoffe

2669

3

Jetzt Meter
98 P.
Wert bis 1.50 Mk.
Reinwollene Cheviots, schwarz und farbig.
Neuheiten in Blusenstoffen, Karos und Streifen.
Englische Kostumstoffe, hell und dunkelfarbig.
Etamine, 110 cm breit, in allen Farben.

Abgepasste
Roben
in Leinen, Batist u. Japon
4.50 an.
Wert bis 2.50 Mk.
Kostumstoffe, Melangen, 110 cm breit in allen Farben.
Cheviot, 110 cm breit, extra schwere Qualität für Kostime.
Tennistoffe, reine Wolle, für Blusen und Kleider in den apartesten Dessins.
Tailor-made für Strassen- und Reise-Kleider.

Jetzt Meter
1.50 M.
Wert bis 2.50 Mk.
Abgepasste
Blusen
in Leinen, Batist u. Japon
2.90 an.
Wert bis 3.50 Mk.
Satin-Tuche, reine Wolle in hellen u. dunklen Farben.
Schwarze Grenadine und Alpaca.
elegante leichte Kleider, größte Auswahl.
Kostumstoffe im Herrenstoffgeschmack für Jackenkleider und Röcke.
Neue Blusenstoffe, eleg. Streifen, Karos u. Brocade.

Abgepasste
Blusen
in Leinen, Batist u. Japon
2.90 an.
Wert bis 3.50 Mk.
Satin-Tuche, reine Wolle in hellen u. dunklen Farben.
Schwarze Grenadine und Alpaca.
elegante leichte Kleider, größte Auswahl.
Kostumstoffe im Herrenstoffgeschmack für Jackenkleider und Röcke.
Neue Blusenstoffe, eleg. Streifen, Karos u. Brocade.

Jetzt Meter
2.00 M.
Wert bis 3.50 Mk.
Satin-Tuche, reine Wolle in hellen u. dunklen Farben.
Schwarze Grenadine und Alpaca.
elegante leichte Kleider, größte Auswahl.
Kostumstoffe im Herrenstoffgeschmack für Jackenkleider und Röcke.
Neue Blusenstoffe, eleg. Streifen, Karos u. Brocade.

M. Schneider, vis-a-vis dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Schwelmitzerstrasse.

höstens 22 Meter betragen darf. Für die offene Bauweise in Klasse V (Steinburg, Schelling, Beethoven) darf die Höhe der Gebäude nicht wie bisher 15 Meter, sondern 18 Meter betragen. Die Grundstücke an der nördlichen Seite der Fürstenstraße zwischen Kuenstraße und Alte Ober sind nach wie vor der Bauklasse V zugeteilt und von der geschlossenen Bauweise ausgenommen.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Montag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Klübs wird über die wirtschaftlichen Klassenkämpfe der Gegenwart sprechen. Neben dem Vortrag soll sich eine Diskussion anschließen. Hieran werden die Delegierten zum Schlesischen Parteitage ihren Bericht erstatten, worauf die Wahl von drei Mitgliedern für die Agitationskommission und drei Mitglieder zur Lokalkommission vorgenommen werden wird. Für zahlreiches Erscheinen zu sorgen, ist Pflicht aller Mitglieder.

Für die Gräbichener Vorstadt, Gabitz und Samerbrennen findet am nächsten Mittwoch im „Dreikaiser-Saal“ auf der Gräbichenerstraße eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Neulirch über die Bedeutung der politischen Organisationen sprechen wird. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Frauen sind eingeladen.

Lokalliste von Breslau und Umgegend.

Die organisierten Arbeiter nebst ihren Angehörigen, sowie alle mit uns Sympathisierenden in und um Breslau werden dringend ersucht, Sonntags wie Wochen-tags bei dem Besuche von Lokalen wie auch bei Veranstaltungen jeglicher Art von Versammlungen und Vergnügen nachstehende Liste zu beachten.

Freie Lokale.

a) im Stadtgebiete Breslau.

Oblauer Tor:

1. Gewerkschaftshaus (Jub. D. Reuberger), Margaretenstraße 17.
2. Zum goldenen Jocher (Jub. S. Schmidt), Klosterstraße 47.
3. Klosterplatz (Jub. Schöner), Oblauer Chaussee 52/54.
4. Feste's Lokal, Oblauer Chaussee 52/54.
5. Kober's Lokal, Monowenstraße 9.
6. Witzke's Lokal, Monowenstraße 2.
7. Siedermann (Wagnerstraße), Monowen.
8. Wid. Monowen.
9. Waz Gagehorn, Monowen.
10. O. Wirt (Wagnerstraße), Monowen.

Streblauer Tor:

11. Wilhelmshöhe (Jub. R. Poser), Dudenstraße 125.
12. Wante's Lokal (Jub. Th. Dentlicher), Dudenstraße 50.
13. J. Rengebauer's Lokal, Dudenstraße 100.

Schweidnitzer Tor:

14. Stoll (Jub. J. Loh), Prudorstraße 35.
15. Wilhelmshöhe (Jub. D. Fuchs), Prudorstraße 54.
16. Zur frohen Stunde (Jub. D. Fuchs), Gabitzstraße 22.
17. Witzke's Lokal (Jub. D. Fuchs), Gabitzstraße 22.
18. C. Raabe's Lokal, Gabitzstraße 88a.

Gräbichener Tor:

19. Drei Kaiser-Saal (Jub. E. Milbe), Gräbichenerstraße 74.

Nikolai-Tor:

20. Wette's Lokal, Bödelwigstraße 23.
21. A. Kander's Lokal, Bödelwigstraße 15/19.
22. Briny Carl (Jub. M. Fuchs), Bödelwigstraße 36.
23. Margareten (Jub. D. Fuchs), Berliner Chaussee 203.
24. Karl Wollin, Berliner Chaussee 109/111.
25. Deutscher Strandring (Jub. F. Franz), Burggasse 50/52.
26. Schweizerhof (Jub. R. Standl), Schweizerstraße 23.
27. Deutscher Kaiser (Jub. R. Dausel), Berliner Chaussee Nr. 117/119.
28. Anglerherberge (Jub. R. Reil), Dammstraße.
29. Zur Erholung (Jub. R. Fichtner), Bödelwigstraße 16.
30. Zur Erholung (Jub. R. Fuchs), Bödelwigstraße 17.
31. Schwarzer Bär (Jub. Hugo Becker, Berliner Chaussee Nr. 53/55).

Ober-Tor:

32. Kellner (Jub. H. Heinrich), Schindlerplatz 12.
33. Bergkeller (Jub. H. Waldmann), Kluskastraße 33.

Schneitziger Tor:

34. Zumühlen Strand der Ober, Halberstraße 10.
35. Fritz Pfingst (vorm. Hanke), Ullrichstraße 42.
36. Fährstrasse (Jub. E. Schneider), Fährstraße 39.
37. Kaiserpark (Jub. M. Fichtner), Paritätstraße 18/20.
38. Wagaer (Waldschmidt), Tiergartenstraße.

Innere Stadt:

39. Scala, Nicolaitstraße 26.

b) im Landkreis Breslau.

1. G. Kuhn in Hotel Nr. 19.
2. H. Ort in Hotel Nr. 14.
3. F. Wenz in Klein-Sandau.
4. Peter Heller in Klein-Sandau.
5. Müller in Maria-Höfen.
6. Reich in Haffelwitz.
7. J. Kuppel in Gräbichener, Brunnenstraße 4.
8. F. Ratz in Gräbichener, Dorfstraße 10.
9. Hermann in Gräbichener, Dorfstraße 2.
10. Dr. Richter (vorm. Jung) in Gräbichener, Dorfstr. 34.
11. Carl Schiffer in Rosenthal Nr. 19.
12. Dr. Jappe in Groß-Tschanz Nr. 2.
13. H. Gieser (Verichtshaus) in Döwig.

Gesperrte Lokale.

a) in Breslau.

1. Vitzke's Lokal (Jub. R. Reuberger) Gartenstr. 79.
2. Sankt-Johann, Reichgasse.

b) im Landkreis.

1. Gubern in Krasch.
2. Gieser in Krasch.
3. Gieser in Krasch.
4. Wiert in Krasch Nr. 20.
5. Riewitz in Döberan (Waldschmidt).
6. Rade in Döberan.
7. Carl Scholz (Rudolph) in Döberan.
8. Carl Scholz in Döberan.
9. Dominik in Döberan.
10. Th. Gieser in Döberan bei Döberan.
11. Reuberger in Döberan.

Das Aktionskomitee der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften Breslaus u. Umgegend.

Streichen von Steuern. Die Verbandsvorstellung des Provinzialverbandes evangelischer Kirchengemeinden in Breslau hat beschlossen, für das Jahr 1908 im Monat Oktober oder November 12 Prozent der Staatseinkommensteuer auf einmal zu erheben. Wer erst im Laufe dieses Jahres aus der Landeskirche, wenn auch vor dem Steuertermin, austritt, muß die Steuer noch bezahlen, da nach § 8 des preussischen Gesetzes, betreffend den Austritt aus der Landeskirche, die Befreiung erst mit dem Schlusse des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres eintritt.

Aus Ostschlesensache. Über deren rechtliche Lage wir an diesem Orte Mitteilung bringen, ist noch mitzuteilen, daß in diesem Jahre bereits vor einer Vollstreckung des Mannheimer Antiquitätenhändler Kropold gegen den Breslauer Fleischerinnung gegen den auf Rückgabe des Votals gegen Rückzahlung des Kaufpreises. Zur Begründung dieser Klage wurde geltend gemacht, daß der Verkauf des Votals zwar in gutem Glauben, aber dennoch ein Unrecht erfolgte sei, weil der Stadtmagistrat Breslau die zu einem solchen Verkauf erforderliche Genehmigung nicht erteilt habe. Die Innung habe damals von dieser Bestimmung keine Kenntnis gehabt. Der Vertreter und beantragte Aussetzung der Verhandlung bis zur Entscheidung der gegen den Innungsvorstand anhängigen Strafprozesse. Die Sache wurde aus diesem Grunde vertagt.

Das Steuererlasssystem, das hier in Breslau vom 1. April 1907 an für alle Steuerarten in Kraft tritt, indem von diesem Zeitpunkt an die Steuern nicht mehr vom Erheber abgeholt werden, sondern durch den Steuerzahler selbst an die Kasse abgeführt werden müssen, erfordert die Errichtung besonderer Kassenstellen in den verschiedenen Stadtbezirken. Die ganze Stadt ist in zehn Bezirke eingeteilt worden und in diesen sollen folgende Kassenstellen eingerichtet werden: Im Erdgeschoß des Hauses Trebenstraße Nr. 1, im Erdgeschoß des Hauses Kleine Scheitnitzerstraße Nr. 2, im Erdgeschoß des Hauses Paradiesstraße Nr. 38, im ersten Stock des Hauses Lehmarbuststraße Nr. 73, im Erdgeschoß des Hauses Sadowastrasse 51, im Erdgeschoß des Hauses Charlottenstraße 24, im Erdgeschoß des Hauses Gräbichenerstraße Nr. 77, im Erdgeschoß des Hauses Friedrich-Karlstraße Nr. 9.

Politischer Garten. Die fortwährend feuchte Witterung hat die Vegetation zu überaus üppiger Entfaltung gebracht, namentlich zeigen die Nadelbäume Triebe, wie man sie seit Jahren nicht gesehen hat. Dagegen haben die Rosen, die zahllose Knospen zeigen, sich bisher wegen mangelnder Sonne zu voller Pracht nicht entwickeln können. Unser Tierbestand hat wieder manchen Zuwachs erhalten: es wurden Kojoten, Kanarienvogel, Kompostschwäne, Silbermöwen und Wägen erbrütet, ein schwarzes Dorschlein, sowie zwei zierliche afrikanische Hamschäfer geboren. Das Neugeborene entwickelte sich nach wie vor vorzüglich, die Mutterkuh wird fleißig und mit Erfolg geübt und auch ins Wasser gehen die kleinen dralligen Geißeln recht fleißig. — Als eine unübersehbare Sache haben Mutter hat sich wieder die Sundaigazelle erwiesen, die am Freitag früh zwei Junge brachte, die kleinen jedoch alsbald erkrankte und eins davon anst. Sonntag ist billiger Eintrittspreis: 30 Pfg., Kinder unter zehn Jahren 10 Pfg. Von 4 Uhr Nachmittags ab konzertiert die Kapelle des Infanterieregiments von Schill.

Vom Umzug der Markenfegerer. Wohlthätigkeit, Jubiläum, Plottenmarken usw. werden immer häufiger ausgedrückt. Sie werden vielfach in Form von Briefmarken hergestellt. Dies hat häufig zu dem Verlusse geführt, solche private Gelegenheitsmarken wie Briefmarken auf der Vorderseite der Briefsendungen aufzukleben. Einzelne Postämter waren selbst im Zweifel, ob sie solche Marken abnehmen dürfen. Es sind auch gelegentlich derartige Wünsche von den Herausgebern der Briefe laut geworden. Die Frage hat jetzt in einem Bescheide des Reichs-Postamtes geklärt. Nach demselben dürfen Wohlthätigkeit, Jubiläum, Plottenmarken usw. auf die Vorderseite von Briefsendungen nicht geklebt werden. Dagegen unterliegt eine Verwendung derartiger Marken auf der Rückseite von Briefen usw. an Stelle von Siegelmarken keinen Bedenken. Auch ist nichts dagegen zu erinnern, daß der Ankunftsstempel auf die Marken zu setzen kommt. Das letztere ist natürlich Sache des abnehmenden Beamten.

Ein Schiffer verunglückt. Die Schlesische Dampfer-Kompagnie hatte vor dem Schifferkreuz einen Schiffer beauftragt, Arbeiten auf der Schiffsbauwerft zu verrichten. Gestern ist dieser Schiffer, wie uns melden die Zeitung des Hafenarbeiterverbandes mitteilt, durch ein Stück Eisen, das ihm ins rechte Auge flog, schwer verletzt und in die Max-Klinik geschafft worden. Es wird uns berichtet, daß der verunglückte Schiffer trotz der monatlichen Beschäftigung auf der Schiffsbauwerft mit den betreffenden Arbeiten unzulänglich vertraut werden konnte. Diese Tatsache soll auch den Unfall herbeigeführt haben. Eine Aufklärung dieses traurigen Falls erscheint dringend geboten.

Reise in die Fremdenlegation, als zurück zu den Fleischhaken der königlich preussischen Kommerzialkolonien wollte ein Auswanderer vom hiesigen 51. Infanterie-Regiment. Der bedauerliche junge Mann hat sich, so wie aus dem Bericht, beim französischen Grenzpolizeikommissar in Conslans - Jarry gemeldet, mit der Bitte um Einweisung in die Fremdenlegation. Er wurde darauf mit dem nächsten Zuge nach dem Werbubureau in Verdun transportiert.

Unfall. Beim Reinigen der Oberlichterfenster des großen Saales des Hauptgebäudes kürzte Freitag Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr ein Arbeiter einer hiesigen Reinigungsgesellschaft durch die Glasfenster in den Saal hinab. Außer bedeutenden Verletzungen im Gesicht konstatierte der sofort herbeigerufene Arzt Verletzungen beider Arme. Der Verunglückte wurde nach einer Unfallaktion gebracht. Von den zahlreichen im Saale beschäftigten Personen ist glücklicherweise keine verletzt worden.

Ein neuerer Waldschuttschützen. Die Besuchslisten der Ansehlichen sind für die Waldschuttschützen in Krasch und Döberan auf Mittwoch und Sonntag Nachmittags von 3-5 Uhr festgesetzt worden. Besuchen der Anstalt ist der Zutritt jeder Zeit gestattet.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

An die Verbandsführer! In Nummer 131 der „Volkswacht“ wurde durch Veröffentlichung des Berichtes der Mitglieder-Versammlung des Schneider-Verbandes den Arbeitern der Firma Hecht betreffend die Maßfänger ein Lobeswort ausgesprochen.

Eine unter Anziehung der Arbeiter obiger Firma abgehaltene Vorstandssitzung erblühte in dem Verhalten der Kollegen am 1. Mai kein Vergehen.

Achtung, Schneider! Wir geben hierdurch allen unseren Mitgliedern, sowie unseren Freunden bekannt, daß die Zusammenkunft des Verbandes Sonntag, den 17. Juni, um 8 Uhr früh 6,52 Uhr vom Oberbahnhof nach Breslau, ab 4 Uhr früh 40 Pfg. Dann zu Fuß nach Heilbrunn und Schöner-Olitz. Wir ersuchen alle Mitglieder, den Ausgang mitzumachen, damit allen Rechnung getragen werden kann.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Verwaltungsbeamten von Krankenkassen z. (Ortsgruppe Breslau). Die Monatsversammlung findet wegen Lokalwechsel erst am 28. Juni statt. Einladung nebst Tagesordnung geht den Mitgliedern in nächster Woche zu.

Der Vorstand.
Paul Seppner, Vorsitzender.

Aus den Gerichtssälen.

Wegen Fälligkeit einer Lohnliste hatte sich der hiesige Buchhalter der Pankoschen Waggonfabrik, Carl Pankosch, vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Er hatte die Lohnlisten zu führen und am Lohnstage die Arbeitsliste an die Vorgesetzten der einzelnen Abteilungen zur Auszahlung zu übermitteln. In einem solchen Falle betrug die Lohnsumme für eine Woche 8474,79 Mk., wovon nach den üblichen Abzügen für Versicherungsbeiträge 8888,71 Mk. zur Auszahlung kommen sollten. Da er bei der Lohnverteilung immer einige tausend Mark mehr in die Hände bekam, als die Lohnliste wirklich ausmachte, war es ihm in dem vorliegenden Falle möglich gewesen, 300 Mark für sich zu behalten. Hinterher hätte er dann die Liste, indem er die oben genannten Beträge um 300 Mark höher angab. Der Vorfall wurde nie offenbar geworden sein, wenn der Anzeigende mit seiner Ehefrau in Frieden gelebt hätte. Im Uebereinstimmungsprozeß hatte aber die Frau den Betrag dem Gericht offenbart. Zwei Wochen Gefängnis erwacht die Kammer als hinreichende Sühne.

Eine eigenartige Sachbeschädigung beschäftigte die Breslauer zweite Strafkammer als Berufungsgericht. Am 6. Dezember hatte unter anderem auch bei dem Vorstoßhändler Peter Pletnik eine Revision von Rasen und Gewichtigen Pathos-Inspektoren. Dabei wurde ihm eine Waage und eine Anzahl Gewicht beschlagnahmt. Während die Beamten die beschlagnahmten Gegenstände fortbrachten, blieb die dem Polizeipräsidenten gehörige Waage zum Wiegen von Gewichtigen auf dem Ladentisch stehen. Als sie dann die Waage holen kamen, lag sie auf dem Fußboden. Frau P. sagte nun zu den Beamten, die Waage sei ihr infolge eines Verfalls heruntergefallen, der Mann aber, der angekränkt war, rief: „Nein, ich hab' sie runtergeschmissen, was soll das Gelunke hier.“ Zwei Stunden später war er dann nach der Polizei gegangen, um sich zu entschuldigen. Der angekränkte Schaden betrug 1,50 Mark. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, und die Strafkammer verworf am Freitag die von ihm eingelegte Berufung.

Aus Schlesien und Polen.

Polenpolitische Berrücktheit.

Der Ausfall der Deutscher Nachwahl scheint den ober-schlesischen Polenisten derart in den Kopf gestiegen zu sein, daß allen Ernstes an temporäre Berrücktheit der Herren gedacht werden muß. So läßt sich der Raser im Streite, die „Kattowitzer Zeitung“, von ihrem H. Mitarbeiter, der die ebenworte Aufgabe hat, allmähentlich einige Male die Großpolen mit einem Leitartikel unangebrungen, in einer Betrachtung über die Wahl, betitelt „Was nun?“ folgenden pyramidalen Umriss schreiben:

„Aus den Trümmern des reaktionären Konterrevolutionismus und des unzuverlässigen Zentrums ist unter geistlicher Führung eine demokratische Partei entstanden, die unter dem gleichnamigen polnisch-nationalen Mantelchen überall leichtem willkommener Zutritt hatte und zu einer Macht angeschwollen ist, vor der sich heute alle anderen politischen Faktoren beugen müssen. Diese große demokratische Partei bilden die Großpolen mit den polnischen Sozialdemokraten, sie beide stehen an demselben Stränge, welcher auf die Entfremdung des Volkes von Kirche und Staat hinweist. Die kommenden Hauptwahlen werden, dessen sind wir sicher, den unaufrichtigen Beweis dafür liefern. Der mächtige Gegner des Großpolentums, das Zentrum, liegt auf der ganzen Linie geschlagen, die zurückgebliebenen Reste interessieren den triumphierenden Feind nicht mehr, er überläßt sie großmütig ihrer Verwirrung und wendet sich dem seiner längst auf der äußersten Linken haben den Bundesgenossen zu, um endlich den großen polnisch-demokratischen Bund zu schließen, der das gesamte ober-schlesische Volk unterjochen soll.“

Das unter den Wählern der Konstanty und Kaplerowski viele Tausende sind, die aus Unzufriedenheit mit den ganzen politischen, wirtschaftlichen, sozialen Verhältnissen des Deutschen Reiches radikalpolnisch wählten, weil sie in den polnischen Kandidaten Vertreter demokratischer Ideen sehen, ist gewiß nicht zu bezweifeln. Die Leitung der polnischen Partei aber der Bundesgenossenschaft mit der Sozialdemokratie zu beschließen, ist ebenfalls lächerlich wie dünn. Konstanty weiß sich immer noch mit ein paar demokratischen Felsen auszustützen, obwohl er im Grunde ein Kleinbürgerlich-rückwärtlicher Geist ist. Herr Kaplerowski verzichtet ganz auf diese Postkarte, er ist ein ganz konsequenter Sozialdemokrat, ein Schwarzer, wie er im Buche steht, und er will auch als ein solcher angesehen werden. Weiß der Kattowitzer Arbeiter der „Kattowitzer Zeitung“ nicht, in welcher geradezu perfiden, im höchsten Maße unaufrichtiger Weise sowohl Konstanty wie Kaplerowski die ober-schlesischen Bundesgenossen, die Sozialdemokraten, in ihren Finghüllern und Zeitungen bekämpfen? Weiß er nicht, daß beide sich rühmen, den Sozialismus in Oberschlesien unmöglich gemacht zu haben, daß sie sich als bestes Mittel gegen die roten immer und immer wieder dem Zentrum wie allen anderen bürgerlichen Parteien in Erinnerung bringen? Weiß er nicht, daß Kaplerowski eben jetzt nach der Wahl die ober-schlesische Geistlichkeit auffordert, noch jetzt Verhaftung anzunehmen und mit zu helfen an der völligen Vernichtung des Sozialdemokratie in Oberschlesien, die von den polnischen Führern so erfolgreich begonnen sei? Herr K. weiß das alles sehr gut, denn er durchsichtig die sämtlichen polnischen Zeitungen Oberschlesiens seit Jahren von der ersten bis zur letzten Zeile, um Material zu essentialen Artikeln für die „Kattowitzer Zeitung“ zu gewinnen. Deshalb also faßelt er von einer demokratischen Bundesgenossenschaft zwischen Polen und Sozialdemokraten, die nie bestanden hat und nie bestehen kann? Wie gesagt, der gute Mann muß verrückt geworden sein — oder aber er will in seiner allfälligen Wut über den großen Sieg der Polen diese in seiner Weise möglichst kompromittieren, indem er sie der Bundesgenossenschaft mit den Sozialdemokraten beschuldigt.

Cannenberg i. St., 16. Juni. Eine geradezu un-ausprechliche Rohheit machte sich der Fleischereimeister Gustav Guder aus Cannenberg schuldig. Er fuhr am Abend des 17. April mit seinem unbeladenen Fuhrwerk nach Cannenberg. Kurz hinter der „Schweizer“ kam ihm ein Radfahrer entgegen und fuhr, weil das Fuhrwerk eben unbeladen war, in dasselbe hinein. Der Radfahrer stürzte und erlitt einen Beinbruch. Während der Radfahrer nun hilflos dalag und nur bat, G. möge ihn nach der „Schweizer“ fahren, befahl G. die Rohheit, den Betroffenen zu beschimpfen, er habe wohl gar das Rad gekohlen und ihn sogar mit dem Peitschenknüttel wiederholt zu schlagen. Dann fuhr er davon und ließ den Radfahrer in seiner hilflosen Lage zurück. Noch in derselben Nacht wurde dann G. verhaftet, wie er in unserer Zeitung mitteilt, wieder mit unbeladenem Wagen die Wilhelmstraße in Richtung durchfuhr. Das Gericht verurteilte ihn wegen des Schlagens mit der Peitsche zu zwei Monaten Gefängnis, wegen der Verletzung des Fuhrwerkes zu 30 Mk., wegen der Verletzung des Radfahrers zu je 10 Mk. Geldstrafe. Der Radfahrer ist, wie der „Bot“ noch mitteilt, heute noch nicht völlig wieder hergestellt.

Glogau, 15. Juni. Eugen Balle. Der Glogauer Handlungsgewerkschaftsverband hat sich mit einer Petition an den Magistrat gewandt, die Schenkenkassen mit Polizeibeamtensbeziehung schärfer zu kontrollieren und durch eine Pol-

Verordnung den Stellvertretern zu verbieten, sich zu den Gassen zu begeben.

Biegen, 15. Juni. Blinder Elfer eines Volkstheaters. Einen kleinen Unfall erlitt, wie vom "L. N." mitgeteilt wird, einer der Pianisten Volkstheater. Derselbe ging am folgenden Freitagabend gegen Abend auf der Königsallee spazieren und sah dabei einen Radfahrer auf dem Wege links der Allee fahren. Sofort mußte der Radler von seinem Rade herunter und der Mann der Ordnung verließ den Radler in einem nicht gerade leisen Tone gebrüllt die Leisten, so daß auch die üblichen Zuschauer sich gabelnd herum versammelten. Der Radfahrer ließ das Donnerweiser ruhig über sich ergehen und fragte schließlich nur, ob die Ermahnungen nun zu Ende seien. Als dies bejaht worden war, forderte der Radfahrer den Mann des Gesetzes auf, sich doch die an den betreffenden Begebenheiten, bei der Ordnung und beim Schließhause, stehenden Tafeln anzusehen. Auf diesen Tafeln steht nämlich in großen Buchstaben geschrieben: "An Werktagen für Radfahrer freigegeben." Die Verlegenheit war nun auf Seite des Mannes. Die Zuschauer freuten sich und der Radfahrer pedalt stolz davon.

Wosen, 16. Juni. Die Fahrpreisveränderung der Straßenbahn in der Stadtverwaltung. Der Stadtrat über die geplante Erhöhung des Monatsabonnements bei der Straßenbahn. Die Direktion der Straßenbahn tue und lasse ja gerade was sie wolle. Sogar die Fahrzeiten würden nicht innegehalten. Solche Zustände seien einfach unerträglich, einer Großstadt wie Wosen unzulässig, daß diese sich die Stadt unmöglich gefallen lassen. Die Erhöhung des Fahrpreises gerade nur der 4. Monatsabonnements sei geradezu brutal, dadurch würden nur die ärmeren Klassen, die Arbeiter, Handwerker, kleinen Beamten, Verkäuferinnen getroffen, während man die 6. Monatsabonnements auf 3 Mark herabgesetzt und die Fahrpreise für das Gesamtnetz bei der alten Höhe belassen habe. Und jetzt zögelt sich wieder einmal, was wir schon immer behauptet haben: Der überdimensionierten Straßenbahn Aktien-Gesellschaft wird seitens der Stadtverwaltung auch nicht ein Haar gekrümmt. Der zweite Bürgermeister Müller, der die Interaktion von Bebauungsvorteilen, ging auf die Sache herein ein: Der Vertrag mit der Gesellschaft gebe keine Handhabe zum Einschreiten, die Gesellschaft sei nicht so schlecht wie sie immer gemacht würde. Die Erhöhung des Monatsabonnements sei sogar "von ihrem Standpunkt aus" zu begreifen usw., im übrigen werde er sich mit der Direktion ins Benehmen setzen und sein Möglichstes zu tun versuchen. Damit war die Interpellation erledigt!

Eine Submissionsliste. Bei den Submissionsverfahren zur Vergebung kommenden Kochhäuser für den Bahnbau Brunnau-Samtung betrug, wie das "Post. Tagbl." mitteilt, das Höchstgebot 187,540 Mark, das niedrigste Gebot 65,380 Mark. Damit im Submissionswesen wohl der Rekord geschlagen sein dürfte.

Wosen, 15. Juni. "Polizeiliche Einwirkungen". Die "P. N. N." melden: "Eine Verhaftung der Straßenbahn-Angestellten, die nach dem Restaurant "Stadt Köln" in der Unterstraße einberufen und auch polizeilich vorgewarnt war, konnte nicht stattfinden, weil der Besitzer Lewandowski im letzten Augenblick die Herabgabe seiner Lokalitäten verweigerte. Als Grund dieser Weigerung werden polizeiliche Einwirkungen angegeben."

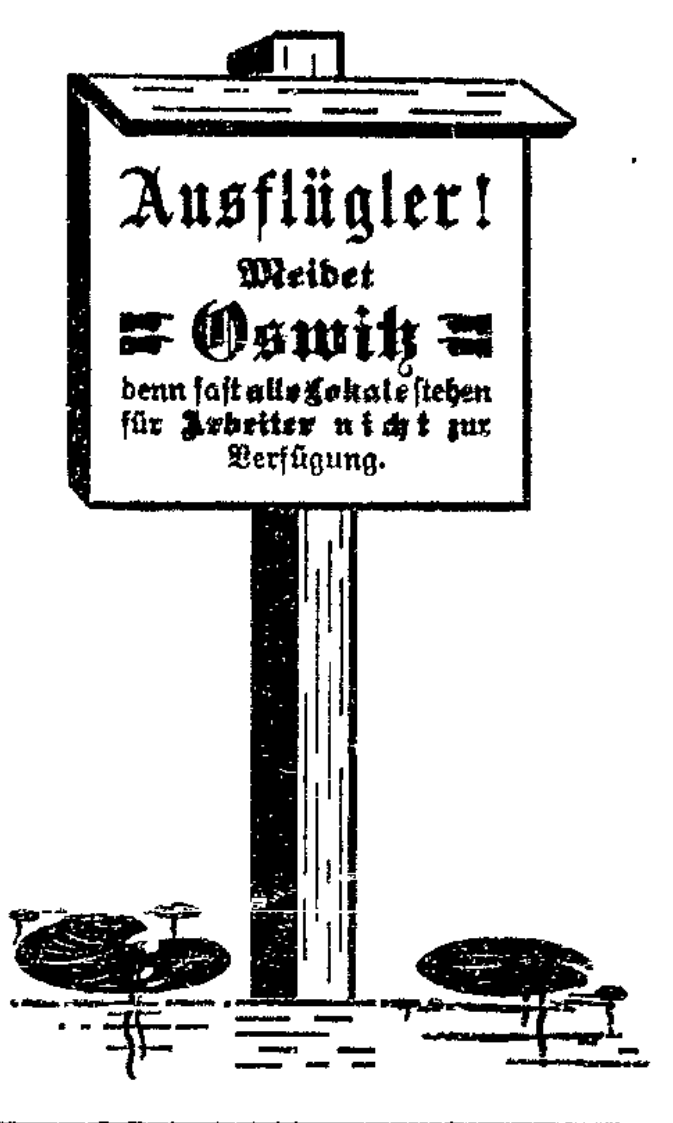
Hohenstein, 15. Juni. Es ging auch so. Eine öffentliche Frauenversammlung, die von ca. 60 Personen, darunter überwiegend Frauen, besucht war, tagte am Mittwoch im Saale des Herrn Wajewski (Hotel Schenker). Herrin Langwisch-Dresdener referierte. Viel Anlaß zur Heiterkeit bot die Tatsache, daß man sich ohne jegliche polizeiliche Überwachung belisten mußte. Erst als die Rednerin ziemlich am Schluß ihrer Rede angelangt war, erklang plötzlich der Nachmittags-Ruf, und da demselben nicht die Bescheinigung vorgelegt werden konnte, löste er die Versammlung auf. Mit dieser Bescheinigung aber hatte es eine seltsame Bewandnis: Die Verammlung war rechtzeitig angemeldet worden, aber trotz der Aufforderung des Einberufers, die Bescheinigung ihm rechtzeitig, wie es Vorschrift ist, auszustellen, hatte es die Polizeibehörde unterlassen, ihm dieselbe rechtzeitig einzuhändigen. Ja, selbst auf persönlichen Vorstellungsverweilen beim Polizeikommissar wurde dem Einberufer erklärt, daß die Bescheinigung vielleicht schon bei ihm zu Hause sei; sollte dies nicht der Fall sein, dann könne die Verammlung ohne Bescheinigung tagen. Als sie dann tagte, erfolgte die Auflösung. Natürlich wird über dieses merkwürdige Vorkommnis Beschwerde geführt werden.

Gnesen, 14. Juni. Die Barbier- und Friseur-Gesellen haben den Antrag gestellt, daß die Innung den 8. Uhr-Ladenschluß und einen freien Nachmittag in der Woche einführen möge, daß ferner an Sonntagen in der Zeit des Hauptgottesdienstes von 9-12 Uhr geschlossen und ein Minimallohn von 6 Mk. wöchentlich gezahlt werde. Sämtliche Forderungen sind natürlich von den Meistern abgelehnt worden. Die Gesellen werden daher demnächst in den Ausstand treten.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Die anhaltende Regenperiode hat in der Packerlamme bei Schreiberhan einen nicht unbedeutenden Festungs veranlaßt. Die Abfuhrstelle befindet sich am Eingange der Klamm und zwar auf der rechten Packerseite. Auf der dem Klammflusse gegenüber befindlichen Felswand hat sich vor einigen Tagen ein etwa 50-100 Zentimeter schwerer Felsblock losgelöst, der mit solcher Wucht in die Tiefe schlug, daß ein am Rande lagernder ebenso großer Felsblock gehoben ist. Einige Meter oberhalb nach dem Falle zu befindet sich eine 2. Abfuhrstelle. Hier hat sich eine Felsplatte losgelöst, die im Sturz mehrere Fichten entwurzelte. Aus Familienkreisen freimüßig in den Tod gegangen ist der Dominiantarbeiter Matwald in Rietzschütz, Kreis Glogau. Sein 13jähriger Sohn machte Schulden und soll sich am Dienstag auf dem Felde an Schnaps betrunken haben. Der Vater strafe, als er davon hörte, Abends den Knaben, geriet aber daraufhin mit seiner Frau in Streit. Aus Ärger darüber fuhr er auf dem Zweirade durch das Dorf zur Simsbener Chaussee und knipfte sich auf dieser an einem Obstbaum auf. In Strodelwitz bei Rauden wurde der vierjährige Sohn eines Dominiantarbeiters von einem sich vom Aufzuge lösenden und herabfallenden Ead Getreide erschlagen. Der Tod erfolgte sofort. Von der Glogauer Straßammer wurden Donnerstag Nachmittags nach mehrstündiger Verhandlung der Kaufmann Adolf von Moraw und der Färber- und Wollwäschereibesitzer Paul Hahn aus Grünbera wegen Unterschlagung und Untreue zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten, die bis zum 15. November 1904 in Grünsberg eine Wollwäscherei und Färberei betrieben, waren beschuldigt, im Laufe von sechs Jahren fortgesetzt ihre Kunden dadurch geschädigt zu haben, daß sie absichtlich bei der Wollwäsche zu viel "Abfälle" machten und auch gute Wolle als "Abfall" anahen und für sich behielten. Im ganzen soll Wolle im Werte von weit über 20,000 Mark unterschlagen worden sein. Der Firma Waderow u. Co., Aktiengesellschaft in Breslau, ist behördlich die Genehmigung zu den Vorarbeiten für die Kleinbahn Wchlan-Thomasitz erteilt worden; die projektirte Kleinbahn wird im Kreise Oblas folgende Gemarkungen durchschneiden: Oblas, Rosenhain, Jarzdorf, Goh, Marischwitz, Wüthen, Poppelwitz, Guts-

bezirt Polwitz, Kunert, Plansen und Thomaskirch. Auf dem jährlichen Festhof in Oblas erschloß sich der Kaufmann Hedor Botzmann aus Sirkberg. Er war Vertreter des Reichshäcker Brauhauses, doch war ihm vor mehreren Tagen die Vertretung völiglich abgenommen worden. Freitag Abend erklang sich in Gurnesdorf der pensionierte Lokomotivführer Reinhold G.



Vergnügungen.

* Circus Busch. Für die letzten Sonntagsvorstellungen ist ein besonders reichhaltiges Programm aufgestellt worden; die hervorragendsten Reklamationen und Kunstleistungen wurden zur Mitwirkung herangezogen und die edelsten Schul- und Freizeitspiele werden vorgeführt. Nachmittags wie Abends geht die glänzende Anatomie "Indien" trotz der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten in Szene und alle neu engagierten Spezialitäten werden mit Glanzleistungen aufwarten. Die bisher gedruckte Veranlagung für Kinder unter zehn Jahren bleibt trotzdem bestehen. Montag findet eine große Gala-Vorstellung mit gleich reichhaltigem Spielplan statt.

* Kolossal-Handgemälde am Ziebelberge. Nicht nur die in Waffen stehende deutsche Jugend, sondern auch die auf der Schule heranwachsende Jugend sollte unter Führung ihrer Vorgesetzten beim Ziebelberge eine Besichtigung des herrlichen Gemäldes: "Gustav Adolfs Tod" in der Schlacht bei Wigen vornehmen. Diese zur Befestigung ihrer Geschichtskenntnisse, jene zur Stärkung und Belebung des vaterländischen Gefühls. Bei Massenbesuch entsprechende Preisermäßigung. Am Mittwoch und Sonnabend Nachmittags Schüler bis zu 16 Jahren 10 Pf. Vorverkauf im Verkehrsbarren Barack (Mittg) 30 Pf., an der Kasse 50 Pf. Gedruckt täglich bis Sonnenuntergang.

* Festgarten. Das reizende, an der Promenade gelegene Sommer-Variete bringt seit dem 16. d. M. wieder ein vollständig neues Programm. U. a. ist der vorzügliche Humorist Bernhard Posen, der noch von früher her in guter Erinnerung. Neu ist das Marno-Trio, sowie Ada Nivaa mit der mysteriösen Kugel, Nivaa und Dixas, Antipodenspiele. Nochmals prolongiert sind die 6 Favoriten, die allabendlich stürmischen Beifall ernten. Sonntag Vormittag von 11-1/2 Uhr große Künstler-Vorstellung bei freiem Entree. Abends beginnt das Konzert um 8 Uhr, die Vorstellung um 7 Uhr. Bei günstiger Witterung im Garten, sonst im Saale.

* Palmengarten. Seit dem 1. d. M. konzertiert das vorzügliche Wiener Damenorchester "Serlina", das seine anerkannten Vieren in guter Ausführung zum Vortrag bringt, so daß selbst ein verwehnter Musikkenner an ihren Leistungen Gefallen findet. Es ist darum auch nicht zu verwundern, daß sich in der kurzen Zeit ihres Hierseins schon ein großer Kreis Freunde zusammengefunden hat, welche ihre Darbietungen mit begeistertem Beifall aufnehmen. Sonntag beginnt das Konzert um 4 Uhr. Vormittag von 11 bis 2 Uhr großes Frühkoppen-Fest-Konzert.

* Scala. Einziges überdachtes Sommer-Variete, Nikolaistraße Nr. 27. Am Sonntag treten die neu engagierten Spezialitäten zum ersten Male auf. Dieselben sind vollständig neu für Breslau und allen geht ein guter Ruf voraus. Besonders erwähnt seien die Luftgymnastiker The Haro's, der Musikant Durch, der Koptländer Conzady unter Leitung von Miss Emmy, der hier zum ersten Male den sensationellen Reifensprung ausführt, Mr. Lamin mit seinem Metamorphosen-Akt u. Willy Haase hat eine neue, höchst komische Burleske verfaßt, welche alle bisher aufgeführten übertrifft. Dasselbe wird unter dem Titel: "Ein unheimlicher Gast" am Sonntag erstmalig aufgeführt. Von 8-7/8 Uhr ist unter Leitung des Kapellmeisters Alois Walbes Gartenkonzert, die Vorstellung beginnt um 1/8 Uhr. Vorverkaufsbillette haben auch am morgigen Sonntag Gültigkeit. Von 11-1/2 Uhr ist Matinee und treten in derselben Teile der Spezialitäten auf. Nach der Vorstellung ist im Saale Tanz.

* Dominiantener. Belgier Original Leipziger Sängers haben bis jetzt noch nichts an ihrer bewährten Zugkraft verloren. Die gefanglichen, feischen sowie humoristischen Vorträge werden vom Publikum mit stürmlichem Beifall aufgenommen. Derselben Erfolg erzielen auch die äußerst fein pointierten künstlerisch ausgearbeiteten Gesamtspele. Dabei ist das Programm aromatisch und doch streng dezent, also für das bessere Familienpublikum eingerichtet. Mit einem Wort, es herrscht Stimmung im Dominiantener, ein Abend dortselbst geht nicht zu den verlorenen. Obige Gesellschaft konzertiert nur noch bis zum 1. Juli.

Meteorologische Beobachtungen der Königlich Universitäts-Sternwarte.

	15. und 16. Juni.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 17,5	+ 16,0	+ 16,1	
Luftdruck bei 0° (mm)	745,7	746,9	748,2	
Dunstdruck (mm)	8,8	9,5	9,9	
Dunstfälligkeit (pCt.)	60	70	73	
Wind (0-12)	N 2	SW	N 1	
Wetter	bedeckt	bewölkt	bewölkt	

Literatur.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch, (Administration: Berlin W. 36, Bülowstr. 106) haben eben das 12. Heft ihres 12. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Wilhelm Hubert Blegen: Prinzip und Praxis in der niederländischen Sozialdemokratie. — Roman Sieverts: Die Duma und die Sozialisten. — Robert Schmidt: Eine einheitliche Arbeiterversicherung. — Otto Gue: Ist ein deutsches Courrieres möglich? — Hans Heßlinger: Berufliche und soziale Gliederung in Österreich. — Edmund Fischer: Kalenbemerungen zur Reform des Strafrechts. — Dr. Franz Lindheimer: Persönlichkeit und Sozialismus. — Rudolf Klein: Ein Jahrhundert deutscher Malerei. — Wirtschaft von Max Schippel. — Politik von Richard Calmer. — Sozialpolitik von Paul Ramppmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Poetsch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Frauenbewegung von Gertrud Kärth. — Sozialwissenschaften von Paul Ramppmeyer. — Dichtkunst von Max Schöberl. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1.50 Mk. An beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolonialwaren und durch jede Postanstalt, ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Bülowstr. 106, Berlin W. 36. (Anmeldung unter Preisband oder in geschlossener Umhüllung.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Elly Braun (Verlag: Berlin W. 16. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist eben das 24. Heft des zweiten Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat:

Glossen: Der Dreieck, das Friedensinstrument. — Dargestellt. — Derrenhaus und Gendefestube. — Corrida regia. — Volkserzieher. — Rudolf Goldschied: Der Revisionismus als Problem. — Alf Braun: Ein neuer Standpunkt in der Frauenfrage. — Ernst Schur: Die Arbeiterhäuser auf der Dresdener Ringstraße. — Alfred Nachdenkliches: Vogelweil. — Zwei Welten. — Tamilla von Rehren: Der Mühenstädter.

Ständesaatliche Nachrichten.

Todesfälle. III. Zimmermann Wilhelm Poppe, 40 J. — Hedwig, T. des Malers Albert Mäde, 20 J. — Helar, S. des Bilders Oskar Jael, 7 Mon. — Bern. Gärtner Juliane Galle, geb. Krebs, 79 J. — Verw. Lokomotivführer Pauline Karawath, geb. Reib, 80 J. — Prast. Arzt Dr. Bronislaus v. Ruzner, 67 J. — Rentiere Mathilde Rothmund, geb. Neumann, verm. Schneider, 77 J. — Verw. Messerschmied Karoline Scholz, geb. Garlich, 70 J. — Provisions-Reisender Friedrich Scholz, 62 J. — Elfriede, T. des Antikfers Karl Hegler, 3 Mon. — Hospitalistin Johanna Fiedl, 76 J. — Arbeiterfrau Auguste Schille, geb. Moll, 29 J. — Dienstm. Florentine Bolemit, 67 J. — Berchel. Schneider Emma Dombel, geb. Hoffmeister, 26 J. — Prachter Paul Grotzer, 69 J. — Berchel. pension. Landbriefträger Wilhelmine Gebauer, geb. Müller, 48 J. — Helene, T. des Maurers Friedrich Penker, 8 J. — Verw. Schaffner Wilhelmine Kuffelst, geb. Kanber, 78 J. — Margarete, T. des Rädt. Weidenwärters Robert Schöneich, 9 J. — Margarete, T. des Buchhalters Johann Weisbrock, 6 Wdm. — Paul, S. des Arbeiters Fritz Janitz, 1 J. — Elisabeth, T. des Rädt. Volksschullehrers Ernst Thiel, 10 Wdm. — Marika, S. des Arbeiters Reinhold Kuchner, 3 Mon. — Verw. Garmadenmeister Anna Probst, geb. Klescher, 67 J. — Aloys, S. des Arbeiters August Giesche, 1 Mon. — Fräul. Wittwe Adolf Zeman, 52 J. — Gastwirt Wilhelm Möbler, 84 J. — Balesla, T. des Vorkosthändlers Hermann Knobloch, 9 J. — Handkchsmacher Richard Samulla, 32 J. — Arbeiter Hermann Sänfche, 64 J. — Bigarettenmacher Robert Gabamel, 61 J. — Verw. Drochkenkünstler Dorothea Großer, geb. Klose, 77 J. — Nagelschmiedemeister August Hienisch, 76 J. — Tischlergehilfe Anton Wohlachel, 58 J. — Max, S. des Arbeiters Julius Rebal, 8 W. — Walter, S. des Antikfers Theodor Klus, 18 J. — Marika, T. des Arbeiters Franz Barrabas, 8 W. — Balesla, T. des Haushalters Ernst Seidel, 1 W. — Ernst, S. des Arbeiters Ernst Reichel, 5 W. — Margarete, T. des Restaurateurs Hermann Ueberfelder, 7 W. — Gustav, S. des Fuhrwerksbesitzers Wilhelm Reugebauer, 1 J. — Plattmaltisbesitzer Ernst Walter, 42 J. — Berchel. Tischlermeister Pauline Rosenblatt, geb. Poppe, 61 J. — Berchel. Haushalter Marie, geb. Anlin, 45 J. — Ernst, S. des Kaufmanns Josef Markus, 2 W. — Marika, T. des Arbeiters Paul Scholz, 9 W. — Fritz, S. des Invaliden Hermann Nisch, 12 J. — Knobli, S. des Schneiders Rudolf Bagold, 1 J. — Paul, S. der Pauline Stasch, 9 J. — Hildegard, T. des Haushalters August Glas, 1 J. — Marika, T. des Arbeiters Paul Kuyper, 4 J. — Kirscher Robert Zentrisch, 23 J. — Näherin Maria Koch, 23 J. — Verw. Arbeiter Henriette Fuhrmann, geb. Hoffmann, 71 J. — Arbeiter Paul Scheidberg, genannt Schumburg, 21 J. — Silba, S. des Maurers Ernst Stahl, 3 J. — Berchel. Rentenempfänger Franziska Macor, geb. Stainer, 57 J. — Verw. Kohlenhändler Susanna Scholz, geb. Pilz, 60 J. — Fräul. Kaufmanns Juliane Kachel, geb. Schmidt, 75 J. — Berchel. Bureauvorsteher Emma Scholz, geb. Kerle. — Verw. Dienstmagd Bertha Wiesner, geb. Keschmeger, 60 J. — Verw. Arbeiter Hedwig Kimmel, geb. Knoblich, 63 J. — Maler Georg Schindelf, 42 J. — Erich, S. des Konditors Hermann Hilbricht, 3 Wochen. — Agnes Lammert, 64 J. — Näherin Susanna Wiegand, 35 J. — Paul, S. des Arbeiters Paul Kachel, 6 Mon.

MAGGI'S Bouillon-Kapseln. Ein besonderer Vorteil während der Sommerzeit, wo sich trübe Bouillonen schwer zubereiten lässt.

Unser ruhmreichster Jäger nur Anzüge 10 Mk. nach Maß elegant 17 Mk. muß geräumt werden. Sie sparen viel Geld beim direkten Einkauf in der Kleiderfabrik Carlsg. 48.

Bonk's Etablissement Kl.-Sandau, am Geyerplatz. Heute Sonntag: Tanz. Ergebenst Bonk.

Ruba-Seife ist im Gebrauch immer noch die billigste und beste, weil reine Kernseife und bei hoher Waschkraft sparsam im Verbrauch. 1890. Alleiniger Fabrikant: Rudolph Balhorn, Breslau. Verkaufsstellen: I. Neue Schindlerstrasse 4. II. Friedrich-Wilhelmstr. 3. III. Albrechtstr. 3 (erstes Viertel vom Ring). Fabrik: Steinstrasse.

Saison- und Inventur-Verkauf

Bernhard Krojanker

Nur Scheitnigerstrasse No. 11

Noch nie wurden reelle, gute Schuhwaren derart preiswert für Damen, Herren und Kinder verkauft, wie jetzt.



Damen-Zugschuhe mit Absatzfleck	jetzt nur von 85 Pf. an	Herren-Zuggamaschen	jetzt nur von 3.25 M. an
„ Imit. Lederhausschuhe, schwarz u. farb. „	„ „ 1.25 M. „	„ Box-Schnürstiefel	„ „ 6.50 „
„ Segeltuchstiefelchen mit Lederknöpfchen „	„ „ 2.50 „	Kinder-Schnürstiefel	„ „ 39 Pf. „
„ Echte Boxcalf-Knopfstiefel, alle Grössen „	„ „ 5.25 „	„ Segeltuchschuhe	„ „ 50 „

Nur so lange Vorrat!

2549

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzen schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam
Wilhelm Maywald
 im 25. Lebensjahre.
 Dies reizt tiefbetrübt an
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Sonntag nachm. 2 Uhr v. d. Leichenhalle des St. Elisabeth-Friedhofes, Gräbchen. Trauerhaus: Stockgasse 9.

Am 14. d. Mts., früh 3 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden meine liebe Frau
Melanie Kirmis, geb. Pannowitz
 im Alter von 34 Jahren. Dies zeigt schmerzhaft an
 Der trauernde Gatte nebst Kindern.
 Beerdigung: Sonntag, den 17. d. Mts., mittags 12 Uhr, vom Wenzel-Haackeschen Krankenhaus aus.

Grabdenkmäler
 in Granit, Marmor und Sandstein.
Paul Kamm,
 Matthiasstrasse 3, an der Odertorwaage.
 2. Geschäft: Oswitzerstrasse, am Bergkeller.

Gesellschafts-Omnibusse
 hochelegante Brant-Coups in roter und weißer Seide, mit und ohne Gummiräder, Equipagen empfindlich billigst
Hugo Piechotta, Luxus-Fuhrgeschäft
 Eberstrasse 3. - Telefon 3111.

Kinderwagen, Kindersportwagen.
 Elegante Neuheiten.
 Mehrere 100 Stück, nur beste Fabrikate, sollen in kürzester Zeit verkauft werden.
 Preise bedeutend herabgesetzt.
F. Werner Jarcassgasse 4/5, Ecke Laibschstrasse an der Lichtscheide.

Nichts geht über einen guten Vogelgefang. Dies zu erreichen leicht mit meinem Singfutter
 in Paketen à 10 und 25 Pfg. überall käuflich.
Daniel Hoffmann, Paulstrasse 12.

Langenbielaner Leinwand-Haus.
 Julets, Züchen, Gardinen, Wachbleinwand auf Tisch, Arbeiterhosen und Hemden, waschecht, klar Blousen, Flanelle, Barthele 2c., zu Fabrikpreisen
G. Völkel, Friedrich-Wilh. Str. 51.

August Heyne
Robtabakhandlung
 Breslau, Karlsstrasse 27 (Friedrichshöhe).

Wilhelm Liebknecht
 Sein Leben und Wirken.
 Unter Benutzung ungedruckter Briefe u. Aufzeichnungen herausgegeben von
Kurt Eisner.
 Mit Porträts und Abbildungen.
 Preis 60 Pfg.
 Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Achtung!
 Montag, den 18. Juni, abends 8 Uhr findet im „Schweizerhof“, Schweitzerstrasse eine
Öffentliche Tabakarbeiter- und -Arbeiterinnen-Versammlung
 statt. Tagesordnung:
 Die Verhältnisse der Breslauer Tabakarbeiter u. d. warum müssen wir uns organisieren. Referent: M. Cloment, Breslau.

Achtung!
Maler, Packierer u. Anstreicher
 Dienstag, den 19. Juni 1906, abends 8 Uhr:
Öffentl. Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17.
 Tagesordnung:
 1. Streiks und Lohnbewegungen in der Gegenwart. Referent: Koll. Streino - Dresden.
 2. Die Bewegung im hiesigen Baugewerbe.
 3. Diskussion.
 Einen recht zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Konsumverein für Bunzlau und Umgegend
 E. G. m. b. H.
 Mit dem 30. Juni er. schließt das 2. Geschäftsjahr. Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, ihre Dividendenscheine und Mitgliedsbücher (ohne Legitimationstare) vom 30. Juni bis 10. Juli im Geschäftslokal in verschlossenen Umschlägen, welche vom Lagerhalter zu erhalten sind, abzugeben. Später eingehende Dividendenscheine werden nicht mehr berücksichtigt. Es werden nur Dividendenscheine auf 10 und 20 M. abgerundet berücksichtigt und muß der Umtausch der Marken vor dem 1. Juli erfolgt sein. - Nähere Auskunft im Geschäftslokal. Wegen vorzunehmender Inventur bleibt das Geschäft am Sonntag, den 1. Juli, geschlossen.
 Der Vorstand.
 Dietrich Schlüter. Max Neumann.

Der politische Massenstreik
 Vortrag von Ed. Bernstein in Breslau.
 Konfiszirt gewesen!
 Preis 20 Pfg.
 Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Sieben ist erschienen:
Schule, Kirche u. Arbeiter
 Ein Vortrag von Paul Göhre.
 Preis 15 Pfg.

Eine Broschüre, in der zunächst der Zweck dargelegt wird, den die herrschende Klasse mit der Verfassung der Volksschule erstrebt und in der die gängliche Verdamnung jeglichen Religionsunterrichts aus der Schule gefordert wird. Göhre erörtert dann die Gründe, die die Sozialdemokratie zwingen, den Kampf gegen die Verfassung der Volksschule aufzunehmen und zeigt die Mittel, um diesen Kampf wirksam zu gestalten.
 Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.

Die neueste Nummer des
„Wahren Jakob“
 ist in der Expedition der „Volkswacht“ zum Preise von 10 Pfg. zu haben.

Hirsberg.
 Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 8 Uhr:
Öffentl. Versammlung
 der Arbeiter-Madefahrer.
 Referent: Moler, Landeshut.
 Um zahlreichen Besuch wird ersucht.
 Der Einberter.
 Schneidgerstraße 10, II, Neumann.

Schuhmacher
 auf Pantoffeln und Tuschschuhe für dauernde Arbeit gesucht.
 Matthiasstr. 9, Gartenhaus.

Nebenverdienst
 In Breslau und allen Orten Schließens werden vertrauenswürdigste Agenten für Feuerversicherung von bester Gesellschaft gegen hohe Provision gesucht. Off. V. 20 a. d. Exp. d. Ztg. erb.
 Erklärung.
 Die von mir Ende Mai dieses Jahres gegen den Verbandstreik des hiesigen Staats- und Gemeinbediensteten-Verbandes Herrn Fritz Mehrlein gemachte Behauptung ist total unwar und von mir wider bessere Willen behauptet. Ich bereue hierdurch meine Äußerung und leiste Abbitte, auch wurde ich vor Weiterbreitung.
 Breslau, den 15. Juni 1906.
 Karl Thomas, Einbaumstraße 24.

Ein Vereinszimmer
 zu vergeben; für jeden Verein geeignet, auch für kleine Hochzeiten
Wilhelm Galle,
 Tschepinerstrasse 18.
 Kaufe gebrauchte Möbel, Pöbeln, jeden Posten Werkzeig, ganze Einber-Einrichtung, Kinderwagen, sofort. Schlg. Wähler, Gartenstr. 36.

Nur
 Neue Tauentzienstrasse 3
 Fabriklager am billigsten
Emaile
 Kaffeekannen etc.
 Stövchen etc.
 Brothkästen etc.
 Kohlenkästen etc.
 Eisentöpfe
 20 Pfg. per Pfd.
 Waschbretter
 Waschbänder

Grabschilder, Grabbibeln
 garantiert wetterbeständig mit Schrift von Mk. 7,25 an.

Grabkissen
 mit Schrift von Mk. 6,00 an.

Grabkreuze
 in Eichenholz und Eisen.
Sandsteinfelsen
 mit Porzellanplatte.
Carl Stahn,
 Klosterstrasse 9,
 nahe der Feldstrasse.
 Bitte um die Firma zu achten.

Littauer Nähmaschinen
 33 Filialen
 Breslau, Klosterstrasse Nr. 10.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle.
 5 Jahre Garantie.
 Spezialität: Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, auch ohne Anzahlung.
 Woche nur 1 Mark.
 Bei Barzahlung höchsten Rabatt. Reparaturen sachgemäß u. billig. Alte Maschinen nehmen in Zahlung. Für Nachweis zahle Provision. Postkarte genügt.

Paul Mischke
 5, Ring 5.
 Ältestes Spezialgeschäft a. Ring. Bekannt seit 1870
Tafel-Butter
 jeht nur Mk. 1,10 das Pfund. (Keine Füllstoffe.) Postversand. Auf Nr. 5 u. Firma achten!

Volkswachtlosler
 Größte Reellität.
 Anzüge, gute Stoffe, 9 Mark. Nach Maß, elegant, 17 Mk. Schid, besser eig.
 Anzugsfabrik Wallstr. 17, L.

Strohüte
 für Damen, Herren u. Knaben
direkt in der Fabrik
 Neue Graudenstrasse 11, Hof, Freund & Krebs.



Hitze
 Schmiedebrücke 63, Albrechtsstrasse 4, Friedrich-Wilhelmstr. 36
 Ecke Dellauerstrasse
 offeriert für
2,80
 Güte in allen Formen und Farben, unübertroffen in Qualität.

Chapeau-Claques
 tadellos für
6,00
Hienfong-Essenz
 extra stark f. Wiedervork. vere. 1 Dtd. 2.50 M. (h. 30 Fl. 6.00 M.) kostenfr. überallhin. Laborat. E. Walther, Halle/S. 13, Rollstr. 2.

Größtes Lager Sofas
 Bettfed., Matratz., Spiegel, Möbel.
P. Heinrich,
 im Hause des Ring-Café.
 Gebrauchte Möbel tausche ein.

Wichtig !!
 für Möbelkäufer.
 Gute reelle in eign. Werkstatt angef. Möbel, Plüscharm-Schänke 55, bis. Vertikal 50, geschliff. Arm. 45, geschliffenes Parkb., Buffet 120, Schreibtisch 66, Dazelleiße 80, Stuhl 25, Bettstellen mit Matratzen 30, Tisch 10, Stuhl 3,50, Küchen-Einrichtungen jeder Preislage.

J. Zwolanowski,
 Tischlermeister,
 Matthiasstrasse No. 110.

Deutsche erstklassige Roland-Fahräder, Motorräder, Näh-, Landw., Sprech- und Schreibmaschinen auf Wunsch auf Teilzahlung. Anzahlung bei Fahrrädern 20-40 Mk. Abzahlung 7-10 Mk. monat. Bei Barzahlung liefern Fahrrad sehr billig. Katalog kostenlos. Für Nachweis zahle Provision. Postkarte genügt.

Samstag, den 17. Juni 1906.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Juni.

Mangel an Lehrlingen.

Zu dem bereits kurz erörterten Thema wird uns aus dem Besetzerkreise geschrieben: Wenn die Klagen der Handwerksmeister über Mangel an Lehrlingen begründet sind, so kann man darin den Beweis erblicken, daß der Glaube an den berühmten „goldenen Boden“, den das Handwerk angeblich hat, auch im Volke sehr im Schwinden begriffen ist. Diese Erkenntnis muß den Lehrlingsjüngern allerdings arge Kopfschmerzen bereiten, denn dadurch erhält ihre Existenz einen mächtigen Stoß. Was nützt ihnen noch das in jahrelangem Kampfe erstrittene Privilegium, Lehrlinge halten zu dürfen, wenn der Zustuß an Auszubildenden immer schwächer wird.

An der wachsenden geringeren Werterschätzung des Handwerkes tragen aber die Lehrlingsjünger die meiste Schuld. Das massenhafte Gehen von Lehrlingen bewirkt in erster Reihe, daß der Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften überschwemmt wird. So werden, um nur ein Beispiel herauszugreifen, nach einer Statistik der hiesigen Bäckerorganisation in Breslau in drei Jahren so viel Bäckerlehrlinge frei, als Gesellen hierorts beschäftigt sind. In den kleinen Städten ist die Lehrlingsjüngerzahl noch weit größer. Ein großer Teil der Bäckergehilfen muß früher oder später eine andere Berufswahl treffen, weil die vorhandenen Arbeitskräfte bei weitem nicht alle in ihrem Handwerk Arbeit finden. Ein ähnliches Mißverhältnis herrscht bei der Zahl der Lehrlinge und der der Gesellen herrscht auch in anderen Berufen. Es sei nur noch auf die kürzlich veröffentlichte Statistik der Breslauer Stukkateure hingewiesen.

Ein weiterer Umstand, der zahlreichen Knaben die Lust zum Erlernen eines Handwerks benimmt, sind zweifellos die in manchen Berufen noch vorherrschenden miserablen Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen. So verdient ein Schuhmachergehülfe, um ebenfalls nur ein Beispiel anzuführen, vielfach Wochenlöhne, für die heute ein halbwegs bescheidenes Familienlohn nicht mehr zu haben ist. Dazu kommt noch, daß auch die Arbeitszeit in manchen Handwerken — und gerade für die Lehrlinge — eine überaus lange ist. Wenn in diesen Berufen ein Mangel an Lehrlingen sich bemerkbar macht, so blühen sich die Meister darüber nicht bekümmert; sie sind es ja gerade, die einer Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen mit allen Mitteln entgegenarbeiten.

Wer möchte es wohl auch den Eltern verdenken, wenn sie ihre Söhne ein Handwerk nicht mehr lernen lassen wollen, das die jüngeren Leute nach drei- oder gar vierjähriger Lehrzeit materiell vielfach schlechter stellt, als die ungelernen Arbeiter. Genauso wenig kann man es den Knaben verdenken, wenn sie die Arbeitsbedingungen und die oftmals hündische Behandlung, die die Lehrlinge nicht selten für sie im Gefolge hat, nicht mehr erdulden wollen, um schließlich als Gesellen einen Hungerlohn zu verdienen.

Ebenfalls kann aber nicht bestritten werden, daß auch die mangelnde Ausbildung der Lehrlinge oft eine viel zu ungenügende ist, um den jungen Gesellen das Fortkommen als Handwerker zu ermöglichen. Von einer besseren Ausbildung wollen die Lehrlingsjünger jedoch nichts wissen, das beweist ihr unausgesetztes Wüten gegen das hiesige Fortbildungswesen.

Zum Schluß möchten wir noch die Arbeiterorganisationen darauf hinweisen, daß sie dem Lehrlingswesen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Eine rege Tätigkeit ist in Zukunft um so dringender nötig, weil, wie bereits berichtet, die Lehrer in den Schulen angewiesen sind, den Lehrlingsstrom wieder auf die Mühlen der Lehrlingsjünger zu leiten. Die Gewerkschaften, in deren Berufe die allergrößten Mißstände vorhanden sind, müssen besondere Kommissionen wählen, denen das Studium des Lehrlingswesens, namentlich auch die Verbeisung statistischen Materials, obliegt. Die Zahl der Lehrlinge sowie der im Berufe beschäftigten Gesellen, die Angaben über Lohn- und Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit, Krankheit zu müssen in Versammlungen und durch die Presse, nötigenfalls auch durch Flugblätter, der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, damit den Lehrlingsmühen und ihren Mithelfern das Wasser abgegraben wird. Manche Gewerkschaften werden wohl bereits Material besitzen, wo das aber nicht der Fall ist, die mögen halb an die Arbeit gehen, sie wird hundertfältige Früchte tragen.

• Vom Eisenkopfbrecher. Ueber den Verkauf des goldenen Bechers der hiesigen Fleischbrennung an einen Wäucher Antiquitätenhändler äußert sich der Oberlandesgerichtspräsident Schönbach in Breslau dahin, daß es bei Beurteilung der Rechtslage bei der Frage, ob der Käufer den Becher wieder herauszugeben müsse, nicht auf den guten oder nicht guten Glauben ankomme, sondern nur darauf, ob der Händler ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde Eigentum an dem Becher erwerben konnte. Bis zur Erteilung dieser Erlaubnis bestand zwischen der Innung und dem Händler kein bindender Vertrag. Indessen der Eigentumsübergang an einer beweglichen Sache wird nicht von dem Vorhandensein eines rechtsbefähigten Schuldverhältnisses, sondern nach § 929 B. G. B. von der Übergabe der Sache durch den Eigentümer mit dem beiderseitigen Willen des Eigentümers — Übergangs — bzw. durch die Einigung beider Teile über den Übergang des Eigentums bedingt ist. Der gute Glaube schützt den übernehmenden Teil im Erwerb des Eigentums, wenn der Übergebende oder nach der Besitzübertragung die Einigung aussprechende Teil seinerseits nicht Eigentümer war. Der gute Glaube des Erwerbers entfällt indessen bereits, wenn ihn der Vorwurf trifft, die im Verkehr erforderliche Sorgfalt geübt zu haben. Man würde durchaus nicht schließen, falls man dem Händler gegenüber die große Fahrlässigkeit annehme, letztere nur die grobe Fahrlässigkeit im Sinne des § 929 B. G. B. zuzurechnen. Die vorübergehende Innung ist ja in Wahrheit die Eigentümerin gewesen, und die große Fahrlässigkeit kommt ebenso wie die Kenntnis erst für den Umfang in Betracht, daß die Sache nicht dem Verkäufer gehört. Gleichwohl hat der Händler Eigentum nicht erworben. Die von dem § 929 B. G. B. der Gewerbeordnung vorgeschriebene Genehmigung bildet nämlich einen wesentlichen Bestandteil der Einigung des § 929 B. G. B. auf der Seite der Innung in dem Willen, Eigentum übergeben zu lassen. Ohne die Erklärung des vorher oder nachträglich im Sinne der Paragrafen 182 ff. B. G. B. gefassten Willens der Aufsichtsbehörde vermag die Innung trotz der Übergabe und trotz des Erwerbwillens auf der Seite des Händlers diesem das Eigentum an dem Becher nicht zu übertragen. Für Einigungswille genügt nicht, so lange ihm nicht der Magistrat beiträgt. Deshalb ist das Eigentum an dem Becher nicht erworben. Die von dem § 929 B. G. B. der Gewerbeordnung vorgeschriebene Genehmigung bildet nämlich einen wesentlichen Bestandteil der Einigung des § 929 B. G. B. auf der Seite der Innung in dem Willen, Eigentum übergeben zu lassen. Ohne die Erklärung des vorher oder nachträglich im Sinne der Paragrafen 182 ff. B. G. B. gefassten Willens der Aufsichtsbehörde vermag die Innung trotz der Übergabe und trotz des Erwerbwillens auf der Seite des Händlers diesem das Eigentum an dem Becher nicht zu übertragen. Für Einigungswille genügt nicht, so lange ihm nicht der Magistrat beiträgt. Deshalb ist das Eigentum an dem Becher nicht erworben.

• Ein Vorkriegsart in Breslau. Unter den Vorkriegs, die bei Gemeinbesuchen in Breslau der nächsten Sitzung der Gemeindevorstand vorlegt, befindet sich ein Antrag, in welchem die Bewilligung von 17,000 Mark aus dem Territorialausgabebudget für die Beschaffung eines Volksparks und um die Errichtung für den Gemeindevorstand erwirkt wird, das erforderliche Terrain anzukaufen und die Territorialausgabekommission mit der Ausführung der Einrichtungsarbeiten zu betrauen. Der Begründung ist folgendes zu entnehmen: Gerade in Breslau bei der dem Großstadtwesen mitnehmenden Bebauung ist das Bedürfnis nach Erholung bringenden Anlagen besonders vorhanden. Die Bewilligungen des Gemeindevorstandes, ein geeignetes Gelände hierfür ausfindig zu machen, blieben längere Zeit erfolglos. Neuerdings hat sich jedoch ein Grundbesitzer bereit erklärt, von dem ehemals starobinski Grundbesitz an der Obernatter Straße zehn Morgen und außerdem einen vier Meter breiten Zugangsweg der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, und zwar fünf Morgen unentgeltlich, falls die weiteren fünf Morgen mit 2400 Mark pro Morgen bezahlt und diese zehn Morgen zu einem öffentlichen Park, der Zugangsweg zu einer öffentlichen Promenade verwendet wird. Die Einrichtung des Parks ist so gedacht, daß für schattige Wege und Plätze, eine Zimmerterrasse und Sitzplätze zu sorgen wäre. Die Schaffung von Anlagen ist nicht bezweckelt. Der Gemeindevorstand berechnet die Kosten der Einrichtung einschließlich einer primitiven Umzäunung auf 5000 Mark.

• Nachnahmeseudungen. Das Reichspostamt hat — zunächst verschwiegen — den Absichten von Polen und anderen Parteien mit Nachnahme nach Osten innerhalb Deutschlands gestattet, der Postadresse oder der Karte das aus gefüllte Formular einer Postanweisung beizufügen. Die Befestigung hat mit mindestens zwei Nummern löslich zu erfolgen. Die Art der Nummern bleibt der Wahl des Absenders überlassen; sie müssen aber derart beschaffen sein, daß eine Verlegung der Nummern oder eine Beschädigung anderer Sendungen ausgeschlossen ist. Nicht zulässig ist die Verwendung von Stenogramm, sowie das Anheften der Postanweisung oder das Anheften mittels Fadens. Der in die Postanweisung einzutragende Betrag ergibt sich durch Abzug des Nachnahmebetrages und die nach dessen höherer Höhe zu berechnende Postanweisungsgebühr. Mein Vorschlag: Die Nachnahme k. Mark 10 Pfennige beträgt, so hat die Postanweisung auf 4 Mark 90 Pf. (nicht 5 Mark) zu lauten. Eine Freimarkierung der Postanweisungen durch Freimarken ist den Absendern nicht gestattet. Es empfiehlt sich, Postanweisungen und Nachnahmen auch auf dem Postanweisungsabschnitt, für den Fall, daß die Postanweisung in Verlust geraten sollte, oder durch eine postamtliche Postanweisung ersetzt werden müßte, auch auf der Karteadresse oder Karte niederzuschreiben. Endlich wird darauf hingewiesen, daß als Empfänger der Postanweisung nur der auf der Nachnahmeseudung unter dem Nachnamen des Empfängers bezeichnete Absender angegeben werden darf.

• Vom südlichen Hafen. Die Aufbesserung der Geschäftskonjunktur macht sich auch gütlich in der Steigerung des Verkehrs, den unser südlicher Hafen aufzuweisen hat. Derselbe belief sich in den verflochtenen fünf Monaten des Jahres 1906 auf 10,850 Waagons mit 129,744 Tonnen Ladung. Es betrug der Verkehr des Jahres 1905: 7805 Waagons mit 88,072 Tonnen Ladung, das ist im Jahr im Jahre 1904: 9547 Waagons mit 41,878 Tonnen Ladung. Der Schiffsverkehr betrug in dem genannten Zeitraum im Jahre 1906: 1158 Fahrzeuge mit 190,742 Tonnen Ladung, gegen 997 Fahrzeuge mit 83,124 Tonnen Ladung im Jahre 1905, d. h. im Jahr im Jahre 1906: 139 Fahrzeuge mit 47,618 Tonnen Ladung.

• Tögen der Trunkenheit. Ein Mann kam auf der Klosterstraße in betrunkenem Zustande zu Falle und zog sich eine schwere Stirnwunde zu.

• Vermißt wird seit dem 5. Mai der 16 Jahre alte Malerlehrling Alfred Schliebs, Weisenburgerstraße 5.

• Gefunden wurde ein Vereinsabzeichen des Arbeiterradfahrervereins „S.“. Dasselbe ist abzuholen beim Genossen F. Flegel, Polenerstraße 8.

• Polizeiliche Mitteilungen. An das Polizeigefängnis wurden am 14. d. M. 35 Personen eingeliefert.

• Gefunden wurden: eine goldene Damenuhr, eine Brieftasche und ein Revolver.

• Abhandeln kam ein goldenes Vincennes, eine goldene Brotsche mit einem Rubin und ein Brillenmonnaie mit 4.70 Mk.

• Entausen ist aus dem Jüdischen ein wertvoller norddeutscher Hund, auf den Namen „Bobby“ hörend.

• Gestohlen wurde am 14. d. M. ein Fahrrad „Velox“, Premier Nr. 215,70, aus einem Neubau auf der Alfenstraße eine große Menge Handwerkszeug.

• Durch einen Rollwagen überfahren wurde am Nikolastadgraben ein Arbeiter und an beiden Beinen verletzt.

Aus den Gerichtssälen.

Breslauer Landgericht. In der am 18. Juni unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Studemund begangenen vierten diesjährigen Schwurgerichtsperiode wird gegen den Major a. D. v. Zander aus Wöllingerode bei Bienenburg in Hannover und gegen dessen Ehegattin Marie geb. Grote sowie gegen den Mitangeklagten Otto Küttig aus Wetzlar in Hannover verhandelt werden. Das zandische Ehepaar ist des wissenschaftlichen Meineides, des heiligerischen und einfachen Bankrotts, des Betruges, der Unterschlagung und der Untreue beschuldigt, während Küttig der Beihilfe zum betrügerischen Bankrott angeklagt ist.

Als Geschworene sind zu dieser Verhandlung einberufen worden 1. aus dem Amtsgerichtsbezirk Breslau: Weinbändler Paul Barckhaus, Kaufmann Eduard Bischoff, Professor Dr. Blasel, Buchverleger Theodor Trautwein, Major a. D. Ludwiz Fischer, Major a. D. Maximilian Gontellmann, Kaufmann Arthur Gagn, Apotheker Paul Joppich, Altredirektor a. D. Emil Lampert, Kaufmann Bernhard Lessertin, Fabrikdirektor Oskar Lore, Oberbaummeister Theodor Mann, Fabrikbesitzer Georg Michaelis, Major a. D. Karl Wiesner, Landwirt Bernhard Wundt, hertl, Kaufmann Georg Rother, Bauingenieur Friedrich Tellenburg, Eisenbahndirektor Franz Uhlmann, Fabrikbesitzer Ernst Volkmer, Stadtrat Gustav Weber, Kaufmann Ernst Weichenhahn, Rittergutsbesitzer Georg Wilfert, Verlagsbuchhändler Max Woytow, Kaufmann Theodor Ueberall, Rittergutsbesitzer Wilhelm Stegmann aus Zochschönau.

2. Aus dem Amtsgerichtsbezirk Witzgig: Rittergutsbesitzer Emil Gemser-Tumer, Rittergutsbesitzer Paul Stephan, Witzgig, Rittergutsbesitzer Friedrich Thau-Ottave, Rittergutsbesitzer Leo Fiedler-Potusitz und Rittergutsbesitzer Bruno Rudring-Kapfeln.

Der Herr Major und seine Gattin werden als nicht zu befragen haben, daß Männer aus einer anderen Klasse und mit anderer Weltanschauung über sie zu Gericht sitzen.

„Berliner Lehrerselbstmorde“. Ein Preßprophet gegen den Redakteur Dr. Georg von Scharf, die 8. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Die Anzeige gegen Dr. Scharf wurde auf Veranlassung des Provinzialrats Ullmann. In der „Welt am Montag“ erschien unter der Überschrift „Berliner Lehrerselbstmorde“ ein Artikel, der sich mit den bald hingerichteten Selbstenorden des Professors Liebenberg und des Direktors Neumann beschäftigte. Im Sommer vorigen Jahres erreichte es allgemeines Aufsehen, daß der an der 181. Gemeindegemeinde angelegte Lehrer Liebenberg Selbstmord verübte. Kurze Zeit darauf erschoss sich der an der 274. Gemeindegemeinde angestellte Rektor Neumann. Innerhalb der Lehrerschaft tanzten infolge dieser trübseligen Selbstmorde allerlei Gerüchte auf, durch die der Provinzialrat Ullmann in Verbindung mit diesen Vorfällen gebracht wurde. In einem Nachruf, den die Berliner Lehrerschaft dem Rektor Neumann in der „Pädagogischen Zeitschrift“ abtrotzte, ließ es unter anderem: „Schwere amtliehe Verdrüßlichkeiten“ haben den Verstorbenen in den Tod getrieben. Schließlich verurteilte, daß der Provinzialrat Ullmann die Veranlassung zu den Selbstmorden gegeben habe, und zwar durch ein mehr als scharfes Vorgehen gegen die Lehrerschaft. Insbesondere erhielt die Redaktion der „Welt am Montag“ eine Fülle von Zuschriften aus Lehrkreisen, in denen schwere Verurteilungen gegen Ullmann erhoben wurden. Dies gab dem Dr. Neumann zu dem mannehrer bestimmten Artikel Veranlassung. In diesem heißt es u. a., daß beide Fälle der Selbstmorde im Zusammenhang mit dem Eingreifen des bekannten Provinzialrats Ullmann stehen, der durch die Art seiner Revisionen längst eine starke Nervosität bei der Berliner Lehrerschaft verursacht habe. Es sei nicht zu bezweifeln, daß bei einer amtlichen Untersuchung Herr U. völlig schuldig hervorgehen werde, bis es vielleicht zu einem dritten Lehrerselbstmord komme.

Zu der Verhandlung wurden etwa 80 Zeugen geladen, sämtlich Rektoren und Lehrer der Berliner Gemeindegemeinden. Als erster Zeuge betrat den Redaktor Liebe, der frühere Vorgesetzte Liebenbergs, daß dieser kurz vor der Revision durch den Provinzialrat Ullmann zu ihm gelockert habe: „Wenn Ullmann meine Klasse revidiert, werde ich niemals Rektor.“ Am Morgen der Revision sei U. kurz vor 1/8 Uhr weggegangen und habe sich erschossen. Liebenbergs Zeugen behaupten, daß U. sich auch ihnen gegenüber in einer gewissen Angst vor der Revision geäußert habe. Die Klasse des U. sei später in der besten Ordnung gefunden worden. Nach eigenartiger Art der Fall des Rektors Neumann. Dieser hatte erst 18 Tage die Rektorstelle inne, als unvermutet die Revision durch den Provinzialrat Ullmann vorgenommen sei. Neumann habe ebenfalls schon vorher eine gewisse Angst geäußert, wie mehrere Zeugen bezeugten. Als U. von dem Provinzialrat Ullmann erhielt, daß er einen nicht genehmigten Lehrling in der Klasse habe, ihm auch Vorhaltungen über eine andere Unregelmäßigkeit gemacht wurden, habe er halb darauf Selbstmordgedanken geäußert, weil nun nichts mit seiner Beförderung als Rektor werden würde. Tatsächlich hatte der Schulrat U. in seinem Revisionsprotokoll sich absichtlich über U. geäußert und die Verweisung an eine andere Schule empfohlen. Als Neumann dies erfuhr, habe er Hand an sich gelegt. In seinem Testament schließt U. mit den Worten: „Mein Verhängnis war der Ullmann!“

Auch die übrigen Zeugen bestätigten, daß vor dem Schicksal eine förmliche Angst bestand, weil er diesbezüglich die Lehrer vor der versammelten Klasse abgezeltet und auch sonst mege als scharf behauptet. In Lehrerkreisen habe sich deshalb schon das Wort „Ullmannie“ gebildet.

Der Provinzialrat Ullmann behauptete als Zeuge folgendes: Als er im Sommer vorigen Jahres unvermutet in der 181. Gemeindegemeinde erschienen sei, habe er in den Klassen des Rektors und eines anderen Lehrers Schulbücher vorgelesen, die behördlich nicht genehmigt waren. Auch habe er hiesige Strafarbeiten erübrigt. Er habe dem Rektor Liebe gesagt: „Wenn ich noch einmal derartige Unregelmäßigkeiten erübrige, so kann ich auch selbst gehen.“ Er habe sich dann mit der Angabe, daß er in einigen Tagen wiederkomme, entfernt. Da er Liebenberg als einen besonders tüchtigen Pädagogen kannte, habe er beabsichtigt, dessen Klasse zu allererst zu revidieren. Am Tage der zweiten Revision sei U. kann nicht mehr zum Unterricht erschienen. Abends legte es in dem Falle des Rektors Neumann. Als er (Zeuge) in der Schule des Neumann erschienen, habe er bemerken müssen, daß U., obwohl er schon sechs Tage im Dienst war, sich noch nicht eine besondere Klasse zugeeilt habe. Neumann habe ihn außerdem belogen und betrogen. In einer Klasse habe er den Rektor beauftragt, mit den Schülern ein neues Kapitel aus der biblischen Geschichte durchzunehmen. Der Rektor habe indessen ein Kapitel, welches die Schillerinne längst auswendig kannten, durchgenommen, so daß natürlich alles am Schluß gehen mußte. Neumann habe ihm halb darauf die ungenaue Angabe eingefassten und ihn mit Tränen in den Augen um Verzeihung gebeten. Er, Zeuge, habe indessen diesen Vorfall weiter gemeldet und empfohlen, den Rektor an eine andere Schule zu versetzen, weil er den übrigen Lehrern dieses Ereignis in der Konferenz mitgeteilt hatte, obwohl ihm dies verboten war. Einige Zeit darauf habe sich U. erschossen.

Nach längerer Beratung berückte der Vorsitzende das Urteil des Gerichts dahin, daß der Beweis der Wahrheit nicht erbracht werden sei. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verurteilung habe der Gerichtshof auf Grund des § 185 auf drei Monate Gefängnis, Bewährungsbedingung und Einstellung der Platten und Formen erkannt.

Die aus dem Leben geschiedenen Lehrer würden nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Auffassung des Staatsanwalts und Gerichts schwerlich billigen, wenn sie ebenso wie der Beschuldigte als Zeugen und gleichsam als Gutachter gehandelt werden könnten. Aber man mag über die Gründe zum Selbstmord wie immer urteilen: Die „Ullmannie“ hätte wohl ohne das Verhalten des Provinzialrats Ullmann nicht entstehen und bestehen können. Diese Tatsache beweist, daß die bestehenden Zustände trotz des Gerichtsurteils dringend einer Änderung bedürftig sind.

Versammlungen und Vereine.

• Der Arbeiter-Abstinenzbund hielt am Donnerstag Abend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, in der man zunächst zu der Frage der Verschmelzung des deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes Stellung nahm. Durch diese Verschmelzung soll erreicht werden, daß die deutsche Arbeiter-Abstinenzbewegung über ein größeres und besser ausgestattetes Organ verfügt, als sie sich bisher, infolge der verhältnismäßig geringen Zahl von organisiertem Arbeiter-Abstinenzern zu schaffen vermochte. Die Neuzahl der Anwesenden entschied sich für die Verschmelzung, die in der Weise vor sich gehen soll, daß der „Abstinenz-Abnehmer“ sein Erscheinen einstellt und dafür der „Abstinenz-Abnehmer“ als Organ des Bundes zur Einführung gelangt. Hierauf hielt Genosse Dr. Van der Borg einen Vortrag über „Alkohol und Beruf“, in dem er darlegte, daß der Alkoholismus nicht nur überhaupt den Körper gegen allerlei Krankheiten widerstandsfähig macht, sondern auch im besonderen sehr wesentlich zur Vermeidung derjenigen Fälle von Berufskrankheiten beiträgt, die auf Vergiftung durch andere Stoffe beruhen. Der dem Alkoholismus ergebene Arbeiter nimmt es mit der Plebe seines Berufs, vor allen Dingen mit der Verantwortlichkeit nicht zu genau, wie es insbesondere diejenigen Arbeiter tun können, die mit der Arbeit mit dem „Abstinenz-Abnehmer“ kommen. Es sei noch mitgeteilt, daß an Stelle des Genossen Dietrich Genosse Steynitz als Vorsitzender fungiert.

Ins Schloss und Posen.

Ein neuer Vorstoß in Oberschlesien.

Das Gleiwitz wird uns geschrieben: Endlich ist auch unser lüderliches Gleiwitz soweit, daß unsere Genossen über ein eigenes Lokal verfügen können! Schwere Schritte hat es getan, und volle fünf Jahre hat man unsere Genossen von einem Lokal in das andere gelagt, bis man sie soweit hatte, daß sie in den letzten anderthalb Jahren überhaupt kein Lokal am Orte mehr bekommen konnten. Und da hat man auch an maßgebender Stelle eingesehen, daß auch in Gleiwitz in dieser Beziehung Remedur geschaffen werden muß. In der am 12. d. Mts. von 200 Personen besuchten Versammlung wurde das Lokal in freierlicher Weise den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt. Das einleitende Referat hielt Genosse Krommer, Arbeitersekretär in Katowitz. Er wies in seinen Ausführungen auf die verschiedenen Schwierigkeiten hin, welche bei dem Erwerb des Lokales und von den verschiedenen Seiten entgegengebracht wurden, und ersuchte die Anwesenden, nachdem er noch auf die Entwicklung und Fortschritte der Gewerkschaften hingewiesen, nun eifrig für den Ausbau der Organisationen zu arbeiten, und alles daran zu setzen, auch in Gleiwitz den letzten Raum zu organisieren.

Nach dem Referat entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in der zunächst Genosse Beder mit scharfen Worten das Verhalten der Lokalstreikbetreiber von Gleiwitz getadelte, indem er auf die Lokalstreikbetreiber und auf das Verhalten der Polizei den Gewerkschaften gegenüber einging. Scharf rechnete er auch mit den Gleiwitzer Lokalstreikbetreibern, im besonderen aber mit der „Oberschlesischen Volkswacht“ und dem „Intelligenzblatt“, ab, deren Schwelgerei man ja in ganz Schlesien kennt. Beide Blätter schreien nicht vor den schrecklichsten Denunziationen zurück und rühmen sich, der künftigen Hauptverpflichtung Material geliefert zu haben, um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten beschäftigt seien, welche dem Hungernde ausgeliefert werden müßten. Genosse Beder riefte an die Anwesenden die Bitte, derartige Ausschüßler aus ihrem Hause herauszuwerfen, an deren Stelle aber die „Volkswacht“ zu abonnieren.

Die nun folgenden Tiraden des katholischen Facharbeiters, Konrad Wolters, erreichte nur mitleidige Heiterkeit bei den Versammelten. Genosse Koch rechnete mit ihm und den Sozialstreikbetreibern ab. Die katholischen Herren hatten es während dem vorgezogen, feige auszukneifen. Nach 2 1/2 Stunden wurde die kapotzer Versammlung mit einem begeistert ausgenommenen dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Die sehr der Fortschritt, der allein im Abhalten dieser Versammlung liegt, den Gegnern auf die Kerben fällt, beweist der launische Witzenstreich des Blattes der diesigen Intelligenzisten. Unsere Gleiwitzer Genossen gehen mit Schadenfreude darüber hinweg und — freuen sich schon auf den nächsten.

Wrieg, 16. Juni. Brieger Justiz. Während jetzt in ganz Deutschland, sogar Breslau mit inbegriffen, der Boykott von den Gerichten nicht mehr als „grober Unfug“ angesehen wird, ja das Reichsgericht das direkt als unzulässig erklärt hat, bleibt das hiesige Schöffengericht noch wie vor dabei, den bedrängten Saalbesitzern mit dem großen Unfugparagrafen 117 zur Hilfe zu kommen. Freitag verurteilte es die „Voykolländer“ Wißsch, B. Kantsch, Sassenbach, Stolper, Koll und Apelt sowie die Frau Otremba zu insgesamt 114 Mark Geldstrafe. Selbstverständlich muß das Landgericht auch dieses Urteil wieder umstoßen. Allein einstweilen haben die arbeitserfindlichen Saalbesitzer ihren Willen. Der heutige Sonntag wird ihnen aber zeigen, wie die Arbeiterschaft über diese Gerichtsentscheidungen denkt!

Wrieg, 14. Juni. Vom Kampflager die Boykott-Parolen. Am 8. Mai wurde vom hiesigen Amtsgericht der Mann Wilhelm Bogunke aus Klein-Leubusch wegen angeblich begangener Körperverletzung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er beim Vorfahren vor dem boykottierten Lokale von Masur den Händler Stock so an die Nase gestoßen haben sollte, daß diese blutete. In der Berufung behauptete B., überhaupt nicht mit Stock zusammengestoßen zu sein. Stock will ihn aber mit aller Bestimmtheit wiedererkennen, weshalb seine Berufung verworfen wurde.

Schweidnitz, 16. Juni. 10,000 Mark aus Spar-Kassenüberschüssen wollen sich die Stadtverordneten ihren „Patriotismus“ anlässlich des — eventuellen! — Besuches Wilhelms II. im Herbst lassen. Die Herren haben es bequem, über die Gelder zu verfügen, da sie vorher dafür gesorgt haben, daß die Mehrzahl der (arbeitenden) Bevölkerung auf dem Rathause nicht verhungert.

r. Weichstein, 16. Juni. Vom Saalboykott. Der Wirt des „Annahofes“ hat sich in den ersten acht Tagen des über sein Gasthaus verhängten Boykotts über großen Andrang nicht zu beklagen brauchen. Allerdings mag ja das andauernd schlechte Wetter auch seinen Teil dazu beigetragen haben, daß zu dem am vorigen Sonntag von Herrn Wieland veranstalteten Volksfeste kein „Voll“ da war. Aber auch bei gutem Wetter wird es gelingen, dem Wirt durch Fernhalten der Gäste etwas mehr Respekt vor der Arbeiterschaft beizubringen. Herr Wieland ist über das Vorgehen der Arbeiter sehr erbost und droht mit Anzeigen, obwohl er doch nachgerade wissen könnte, daß ihm das nichts helfen kann. Das Mittel zum Freleben ist dem Wirt bekannt und es liegt nur in seinem Interesse, wenn er es anwendet.

r. Friedlsand, Kr. Waldenburg, 14. Juni. Wenn zwei das selbe tun. Jeder Preuze ist vor dem Gesetze gleich; so heißt es im Artikel 42 der preussischen Verfassung. Wie läßt sich aber folgende Handlung des hiesigen Polizeichefs mit diesem Grundsatz vereinbaren? An der Verurteilung des zu Tode verurteilten Arbeiters Tisch beteiligte sich auch der Arbeiter-Radfahrer-Verein, dessen Mitglied der Verurteilte war, in corporo mit einer Musikkapelle. Während es nun allen bürgerlichen Vereinen und Vereinen ohne weiteres gestattet ist, nach einer Verurteilung in geschlossenem Zuge mit Musik in ihre Lokale zurück zu marschieren, hat in diesem Falle der Bürgermeister die Genehmigung hierzu verweigert! Es wird natürlich Beschwerde gegen dieses eigentümliche Verbot eingeleitet werden.

Stein, 16. Juni. Drei Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung! Vor der Strafkammer hatte sich der Arbeiter Wilhelm Putschkeit aus Schweidnitz wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis!!!

Richter, die solche Urteile fällen, haben zweifellos keine Ahnung von dem was weitester Kreise gegen den § 95! Ohne es zu wollen, geben sie uns, die wir für die Beseitigung dieses Paragraphen einreten, neue Agitationswaffen in die Hand. Und der Respekt vor der Majestät gewinnt um keinen Deut dabei.

Nahrungsfragen nach ihre Polarn. Das „P. L.“ meldet: „Donnerstag Abend in der neunten Stunde hörte der Bademeister der Volksbadanstalt im Schwarzwasser plötzlich Hilferufe; nach der Ursache forschend, bemerkte er, wie ein Mann und eine Frau mit einem Kinde sich in selbstmörderischer Absicht in das Schwarzwasser stürzen wollten. Doch hatte das Kind, ein Mädchen, keine Lust, mit den Eltern in das Wasser zu gehen, und rief um Hilfe. Als der Bademeister herbeikom, ging der Mann ins Bruch hinein, während die Frau mit dem Kinde sich an den Bahndamm begab, um sich von einem Zuge überfahren zu lassen. Doch auch davon wurde sie abgehalten und ein vom Bahnhof telephonisch

herbeigerufenen Beamter brachte die Familie nach der Stadt, gelang von einer großen Menschenmenge. Die Ursache ihres selbstmörderischen Entschlusses sollen Nahrungsfragen sein.“

Glogau, 15. Juni. Ein anderer Meister „Anton.“ Dem Bau der neuen Nebenbahn Glogau-Guhrau bezieht der Bauergutsbesitzer Karl George in Schlabitz, Kreis Guhrau, seit längerer Zeit die größten Schwierigkeiten. Der bisher völlig unbefristete Mann hat, wie die „Schles. Sta.“ meldet, zunächst die Absteckungs- bzw. Vermessungsarbeiten erschwert, trotzdem gegen ihn wegen des herzugehenden Geländes das Entgeltungsverfahren eingeleitet worden ist. Dafür erhielt er eine nicht unerhebliche Geldstrafe und 10 Tage Gefängnis. Als der Bahnbaum durch das Grundstück des George gelegt war, verlangte er, daß zwei Übergänge geschaffen würden (die Bahn hatte nur einen angelegt). Anstatt sich aber beschwerdeführend an die höheren Instanzen zu wenden, beschrieb George den Weg der Selbsthilfe. Er zerstörte den Damm und machte sich damit der Herfürung staatlicher Anlagen schuldig. Das Gericht verurteilte ihn deshalb zu drei Monaten Gefängnis. Gegen beide Urteile hat der hartnäckige Mann Revision eingelegt. Außerdem schrieb er nochmals an die Eisenbahndirektion in Posen einen Brief, in dem er verlangte, daß auch der zweite Übergang angelegt würde. Sollte das nicht geschehen, so würde er nochmals den Bahnbaum durchstechen. Der Eisenbahnbesitzer hat die Angelegenheit dem Landgericht in Glogau übergeben und verurteilte George zu weiteren vierzehn Tagen Gefängnis. Er legte Berufung ein, die aber von der Strafkammer zu Glogau verworfen wurde. Der Bescheidende sowohl wie die Mitglieder des Richterkollegiums und der Staatsanwalt suchten den Angeklagten dahin aufzuklären, daß er sich durch die Fortsetzung seiner Handlungswelt ins Unglück stürzen würde. Der Bauergutsbesitzer behauptete jedoch im Recht zu sein, und erklärte, den Widerstand gegen die neue Bahn fortsetzen zu wollen, koste es, was es wolle. — Das hartböhrige Wuerlein kann anscheinend die „Segnungen“ unserer durch Millionen von Paragraphen eingegängten Zeit nicht begreifen. Wenn er schließlich, von diesen Paragraphen überflügelt, am Boden liegt, wird auch er mit Hebbels Meister Anton austreten: Ich verfluche die Welt nicht mehr.

Reichenau, 15. Juni. 85 Arbeiter verurteilt. Mit einer interessanten Entschädigungsfrage beschäftigte die heutige Strafkammer. Es handelte sich um eine Klage der Bauunternehmer Brendler, Gührner, Weikert und Baumeister Weikert hier gegen 85 Arbeiter und Zimmerleute. Letztere hatten von ihren Meistern am 19. Mai die Arbeit aufgesündigt bekommen. Die Kündigungsfrist war die gesetzlich bestehende von 14 Tagen. Die Angeklagten hatten aber diese Kündigungsfrist nicht eingehalten, sondern am Montag, den 21. Mai, die Arbeit eingestellt. Da sie einmal auf Pfaster streuen sollten, wählten sie sich halt den ihnen passenden Zeitpunkt aus. Daraufhin hatten die Arbeitgeber beim Gewerbeamt die Klage auf Zahlung von Entschädigung nach § 214 b der Reichsgewerbe-Ordnung eingereicht. Die Angeklagten behaupteten, in einer Versammlung der Arbeitgeber mit einer Lohnkommission der Arbeiter sei ausdrücklich bei Besprechung eines Arbeitsvertrages vereinbart worden, daß Kündigung für beide Teile ausgeschlossen sein solle. Diese Auffassung teilten die Kläger nicht; ihrer Behauptung nach ist in besagter Versammlung wohl ein Entwurf zu einem Arbeitsvertrag mit einem die Kündigung ausschließenden Paragraphen durchgesprochen worden, wobei man sich für und gegen Annahme verschiedener Paragraphen ausgesprochen habe. Der Vertragsentwurf sei aber keineswegs rechtskräftig angenommen worden. Das Gewerbeamt schloß sich dieser seitens Kläger aufgestellten Auffassung an und verurteilte die 85 Beklagten zur Zahlung der von den Klägern beantragten Entschädigung von je einem Wochenbetrage des arbeitslosen Tageslohnes in Höhe von 10 Mk. 20 Pf. und zur Tragung der Kosten!

Montag
Dienstag
Mittwoch

Gebr. Barasch

Montag
Dienstag
Mittwoch

Ring

ca. 65000 mtr. Waschstoffe

Serie I 28 | Serie II 36 | Serie III 45

Ein grosser Posten **Blusen-Seidenstoffe** **95**
Reine Seide zum Aussuchen, Meier

Arbeiter und Arbeitgeber in Krankenkassen.

Dem Reichstage ist vom Vorstand der Orts-Krankenkasse in Dresden, zugleich als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich, eine Eingabe über das Ergebnis einer Umfrage über die Verhältnisse in Orts-Krankenkassen zugegangen. Die Eingabe lautet in ihren wesentlichen Teilen: In seiner am 2. Juni 1906 im preussischen Herrenhause gehaltenen Rede hat der Herr Reichskanzler erklärt:

Ich erkenne an, daß es der Sozialdemokratie selber gelingen muß, sich der Krankenkassen zu bemächtigen. Ich erkenne weiter an, daß dies zum großen Nachteile der sozialen Bedeutung der Krankenkassen geschehen ist. Ich erkenne an, daß sich hier Zustände entwickelt haben, die der Reform dringend bedürfen.

Diese Rede ist im Reichstage mehrfach benutzt worden, um die Kassenvorstände zu verdächtigen und gegen das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen aufzutreten. Dies hat die unterzeichnete Orts-Krankenkasse, zugleich als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich, veranlaßt, bei den Arbeitgeber-Vertretern in den Vorständen der deutschen Orts-Krankenkassen eine Umfrage zu halten über die Wahrnehmungen, welche dieselben in Bezug auf den Einfluß der Sozialdemokraten auf die Kassen-Verwaltungen gemacht haben.

An die Orts-Krankenkassen aller Städte und Orte mit über 10.000 Einwohnern, sowie an diejenigen in vielen kleineren Orten in allen Bundesstaaten sind zu diesem Zwecke 1277 Fragebogen versendet worden. Die Zahl der Krankenkassenmitglieder beträgt 2.241.100. Die Zahl der Sozialdemokraten an? — Wieviel? 5. Sind Differenzen zwischen den Arbeitgeber-Vertretern und den Arbeitnehmer-Vertretern vorhanden gewesen? — Und wann? 6. Wenn ja, wodurch entstanden diese Differenzen? 7. Wie viel Beamte beschäftigt die Kasse? 8. Sind die Beamten als Sozialdemokraten bekannt? — Und wieviel davon? 9. Sind Sozialdemokraten als Beamte ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten bevorzugt worden? 10. Sind sozialdemokratische gesungene Kerale bei der Anstellung oder Zulassung zur Kassenpraxis bevorzugt worden? 11. Haben die der Sozialdemokratie angehörigen Vorstandsmitglieder oder die Beamten ihre Stellung benutzt, um Kassenmittel politischen Zwecken dienlich zu machen? 12. Welche Wahrnehmungen sind nach dieser Richtung überhaupt bei der Kasse gemacht worden?

Von diesen Fragebogen sind 424 wieder eingegangen. Das aus denselben ersichtliche, in der Eingabe beigefügten Tabellen A. und B. speziell verzeichnete Ergebnis der Umfrage ist folgendes:

Berücksichtigt haben 424 Kassen mit zusammen 1.709.858 Mitgliedern, darunter 27 Kassen mit je 10.000 und mehr Mitgliedern; von 11 Kassen ist keine Mitteilung über die Verteilung der Kassenämter auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht worden, bei 4 Kassen befinden sich keine Arbeitgeber im Vorstände, wobei in einem Falle erklärt wird, daß dies auf das Verhalten der Arbeitnehmer zurückzuführen ist, bei 5 Kassen übersteigt die Arbeitnehmerzahl im Vorstände die gesetzliche Höchstzahl, zwei Kassen machten keine Angaben über die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Diese 22 Kassen von den berichtenden 424 abgezogen, verbleiben 402 Kassen, in deren Vorstände das gesetzliche Zahlenverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewahrt ist. Die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstände befinden, wurde bejaht von 166 Kassen, verneint von 181 Kassen; die übrigen erklärten sich unbestimmt oder ließen die Frage überhaupt unbeantwortet.

Bezüglich der Zahl der Sozialdemokraten im Vorstände berichteten 2 Kassen, daß sämtliche Vorstandsmitglieder, 81 Kassen, daß alle Arbeitnehmer, 69 Kassen, daß die Hälfte und mehr der Arbeitnehmer, 24 Kassen, daß weniger als die Hälfte derselben und 7 Kassen, daß mehr als die Zahl der Arbeitnehmer Sozialdemokraten seien; während diese Frage von 131 Kassen verneint und von den übrigen 40 Kassen mit „unbekannt“, „geringfügig“ usw. beantwortet wurde.

Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben bei 25, also 5,96 Prozent der berichtenden Kassen bestanden, wovon eine die Sache als geringfügig und eine als hinter 1898 zurückliegend bezeichnet, während 393, also 92,69 Prozent der berichtenden Kassen die Frage nach solchen Differenzen verneinten, eine Kasse deren Beantwortung ablehnte und 6 Kassen dieselbe unbeantwortlich ließen.

Von den 25 Kassen, bei welchen irrtümliche Differenzen vorgelegen haben, wurden als Ursachen derselben, von denen auch mehrere gleichzeitig in Frage kamen, angegeben: 4 Mal die Anstellung des Beamten, 3 Mal die Anstellung von Beamten, 5 Mal die Vergebung von Dienstverträgen, 2 Mal die Anstellung von Ärzten, 5 Mal sonstige Verwaltungsmaßnahmen, 6 Mal unrichtige Behandlung von Arbeitgebern im Vorstände und 3 Mal die Wahl des Vorstehenden.

Bezüglich der Fragen nach den Kassenbeamten (7 bis 9) haben 8 Kassen Angaben nicht gemacht, 8 Kassen werden von sämtlichen Beamten verneint. Von den verbleibenden 413 Kassen teilten 86 mit, daß sich unter ihren Beamten Sozialdemokraten befinden, bei 25 Kassen ist darüber näheres nicht bekannt. Bei den berichtenden 413 Kassen sind zusammen 1524 Beamte beschäftigt, von denen 201 als Sozialdemokraten bekannt sind; eine Kasse erklärte, daß ihre Beamten „archaischer“ Sozialdemokraten seien, bei 8 Kassen ist die Zahl derselben unbekannt und 8 Kassen ließen diese Frage unbeantwortet.

Bevorzugung von Sozialdemokraten bei Beamten-Anstellungen wird von 993, also 92,69 Prozent der berichtenden Kassen verneint, von 17 Kassen (etlich 4 Prozent) bejaht, während 2 Kassen diese Frage unbeantwortet ließen und 2 Kassen erklärten, daß sich die angestellten sozialdemokratischen Beamten bewährt haben.

Die Bevorzugung sozialdemokratischer Kerale bei der Anstellung oder Zulassung wird von allen Kassen verneint; nur eine Kasse erklärte, daß dies scheinbar einmal der Fall gewesen sei, ebenso eine andere Kasse, wo aber die Entlassung des Arztes nach kurzer Zeit erfolgte. 5 Kassen haben die Frage unbeantwortet gelassen.

Bezüglich der Dienstvermittlung von Kassenmitgliedern zu Parteizwecken berichteten 414 Kassen; davon verneinten die Frage 406 Kassen (etlich 98,05 Prozent). Eine Kasse erklärte, sie habe dafür keine Beweise, 5 Kassen bejahten die Frage, insofern es sich um Entlassung von Parteimitgliedern an sozialdemokratische Firmen handelte, 2 Kassen ließen die Frage unbeantwortet.

Von den Arbeitgebern in den insgesamt 41 Kassen, welche über irgendwelche Differenzen berichteten, wurde 12 Mal die Erhaltung der Selbstverwaltung und nur 3 Mal Verleihung der Parteimitgliedschaften zu politischen Zwecken bejaht, unter sonstiger Verneinung der Verleihung. 14 Kassen erklärten die Verteilung der Kassenämter in gleicher Weise auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 7 Kassen sagten über Bevorzugung von Parteimitgliedern, 2 Kassen über Verleihung durch die Parteimitglieder, 2 Kassen erklärten, daß bei den Sozialdemokraten die bei anderen Parteien gemacht worden seien, daß die Sozialdemokraten

nicht zu gewinnen, und eine Klasse wünschte, daß Vorlesungen getroffen werden, damit die Kassenverwaltung nicht ganz in sozialdemokratische Hände gerät.

Von den in der Tabelle B bezeichneten 383 Kassen, in denen über Meinungs-Differenzen berichtet wurde, hat der größte Teil überhaupt keine Wahrnehmungen in Bezug auf sozialdemokratische Beeinflussung der Kassen-Geschäfte gemacht; auch hier treten 12 Kassen ausdrücklich für die Selbstverwaltung ein, 38 Kassen heben hervor, daß politischer Einfluß in der Kassen-Verwaltung nie wahrzunehmen gewesen sei, 56 Kassen erklärten, daß das Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stets ein harmonisches zu bezeichnen sei, und eine Klasse (Nathenau) bezeichnet „die im Reichstage in dieser Beziehung gemachten Hauptplatonen für Rathenau als haltlose Verdächtigungen.“

Wiederholt wird betont, daß das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern das denkbar beste ist, die Arbeiter selbstlos, objektiv und parteilos erliegt werden, daß beide Teile sich immer gut verhalten haben, obwohl unter den Arbeitgebern keine Sozialdemokraten sind; daß beide Teile im besten Einvernehmen stehen und vorzüglich zusammen arbeiten, um die große soziale Aufgabe voll und ganz zu erfüllen; daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes stets eifrig und verständnisvoll Mitarbeiter waren, ohne je zu versuchen, ihre Stellung zu den Zwecken ihrer Partei zu missbrauchen; daß kein Versuch gemacht worden ist, die Politik in die Kasse zu tragen usw.

Wenn nun auch ohne weitere Erwähnung ist und durch das Ergebnis der Umfrage bestätigt wird, daß hier und da in den Kassenvorständen und General-Versammlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Meinungen vorkommen, welche auf die unüberwindliche Partei- und Klassengegensätze zurückzuführen sind, so beweist doch das Gesamtergebnis der gehaltenen Umfrage, daß das dem Herrn Reichskanzler vor seiner Herrenhausrede zugegangene Material nicht objektiv gehalten worden sein kann, aus einzelnen Vorurteilen auf das Ganze geschlossen worden und ihm so ein der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild unterbreitet worden ist, welches geeignet erscheint, die Stellung des Arbeitgebers den Kassenverwaltungen gegenüber ungünstig zu beeinflussen.

Wir stellen es deshalb als im Interesse der gesamten deutschen Krankenversicherung liegend, das Ergebnis unserer Ermittlungen dem hohen Reichstage vorzutragen mit der Bitte, hiervon genehmigt Kenntnis nehmen zu wollen.

Trotzdem von den Orts-Krankenkassen veranfaßte Umfrage bestätigt demnach die alten mit der Sache vertrauten bekannte Tatsache, daß die von Mugdan, Weder, dem Reichsverband zur Verwirklichung der Sozialdemokratie und dergleichen ausgetretenen Verdächtigungen haltlos sind. Namentlich war die Umfrage unseres Erachtens nicht, zumal nicht die Angehörigen, sondern die Ausstreuer jener bekannten haltlosen Verdächtigungen die Wahrheit ihrer Behauptungen darzulegen haben und nicht etwa den Angehörigen eine Demütigung obliegt. Im Reichstage ist die Haltlosigkeit der Mugdan-Weder'schen Angriffe längst erwiesen. Trotzdem werden die Verdächtigen mit ihrer Wiederholung nicht aufhören. Auch die Ergebnisse einer Umfrage werden ein anderes Resultat nicht zeitigen, und selbst wenn sämtliche Kassen öffentlich darlegen, daß Mugdan und Genossen unredlich haben. Denn den Feinden der Selbstverwaltung ist es um Verleumdung der Selbstverwaltung und um die Verdächtigung der Kassen als Zweck zu tun. Das Vorgehen der bürgerlichen Mehrheit auf dem Gebiet der Hilfskassen nimmt jeden Rest von Zweifel nach dieser Richtung. Mugdan-Eichhoff-Schad-Trimborn-Wiesberts gehen Arm in Arm, wenn es sich um Verleumdung des Reiches der Selbstverwaltung der Kassen handelt. Die von Zentralverband von Orts-Krankenkassen veranfaßte Umfrage hat aber immerhin das Verdienst, zahlenmäßig durch den Mund der Arbeitgeber die Verdächtigungen, welche gegen die von Sozialdemokraten geleiteten Krankenkassen geschleudert sind, als solche erwiesen zu haben.

Einhundert-Verbandsstag.

g. Nürnberg, 19. Juni 1906.

Dritter Verhandlungstag. Es erhält der Vertreter der Generalkommission, Anoll, das Wort. Er bemerkt, die geistigen Auseinandersetzungen zwischen Ausschuss und Vorstand hätten ihm bewiesen, daß das Verhältnis zwischen den beiden wichtigsten Aderparthien nicht ein solches ist, wie es erforderlich wäre, wenn ein gedeihliches Zusammenwirken in Interesse der Gewerkschaft zustande kommen solle. Das sei, wenn man sich das Statut betrachte, auch leicht erklärlich, denn es enthalte eine ganze Anzahl Reibungsflächen, die zu Konflikten führen müßten, ohne daß auf irgend einer Seite eine davorwillige Absicht vorzuliegen brauche. Wenn man solche Reibungen in Zukunft vermeiden wolle, so müsse man sich dazu entschließen, an dem Statut eine organische Operation vorzunehmen in der Weise, daß der Ausschuss nicht als Kontrollorgan für den Vorstand, sondern als Beschwerdeinstanz eingeleitet wird.

Darauf erhaltet die Berichterstatter das Schlusswort. Der erste Vorsitzende Simon geht auf die verschiedenen Bemerkungen, die in Bezug auf Maßnahmen des Vorstandes vorgebracht wurden, ein und sucht dessen Haltung in verschiedenen Angelegenheiten zu rechtfertigen. Zu der Beantragung Haupt's, daß der Tarifkonflikt noch nicht veröffentlicht sei, bemerkt er, daß der Entwurf werde in allerhöchster Zeit veröffentlicht und den Ortsvereinigungen zugehört werden, eine Veröffentlichung im Fachblatt hält er dagegen nicht für angebracht. Wenn der Vorstand nicht allen speziellen Wünschen gerecht werden konnte, so könne man ihm doch den guten Willen nicht absprechen, daß er, so weit es das Verbandstatut zuließe, alle Wünsche nach Möglichkeit zu befriedigen wolle. Schließlich verapfert sich Rechner nochmals dagegen, daß der Vorstand bei Ansetzung von Gewerkschaften nicht von sachlichen Gründen, sondern von persönlichen Gefühlen geleitet worden sei. Endlich weist er die Bemerkung Haupt's zurück, daß er, Simon, in der Sache Schaumburg den Kollegen Müller als Sprecher benützt habe. Er habe mit Müller über den Fall Schaumburg überhaupt nicht gesprochen.

Haupt-Magdeburg berichtet in seinem Schlusswort zum Ausschussbericht die Entscheidungen des Ausschusses, dessen Bericht hier eine viel schärfere Kritik erfahren dürfte, als der des Vorstandes, was eine ganz außerordentliche Erscheinung sei. Rechner tritt nochmals für Schluß des Geschäftsberichtes am 31. März ein. Zum Fall Schaumburg bemerkt er, er habe dem Kollegen Schaumburg in seinem Bericht nicht die persönliche Qualifikation abgeprochen, sondern nur gesagt, in diesem Falle hätte man sich nicht einigen können aus Gründen, die in der Persönlichkeit des anzustellenden Beamten liegen. Er habe nichts dagegen, wenn in Zukunft der Ausschuss bei Anstellungen nicht mehr mitreden dürfe. Gegenüber den Ausführungen Knoll's bemerkt er, es sei hauptsächlich richtig, daß Reibungsflächen zwischen Vorstand und Ausschuss vorhanden sind, aber es ist nicht richtig, den Ausschuss bloß als Beschwerdeinstanz hinstellen zu lassen. Er müsse als Kontrollinstanz schon in Rücksicht auf die Reibungen der Kasse bestehen bleiben. Das das Verhältnis zum Fachblatt nicht, wie es jetzt ist, so lange bedauerlich sei, beschränkt er sich, was er nicht, zu der Anregung, daß der Ausschuss seine Berichte veröffentlicht werden, sei er nur durch verhältnismäßige Umstände gekommen, da die Ausgaben für Expeditionen verhältnismäßig gering seien. Zum Schluß erklärt er, wenn er den Verlauf der Verhandlungen an sich vermerken lasse, so müsse er sagen, er sei glücklich, daß der Ausschuss seine Aufgabe so gut gelöst hat, wie es geht.

B. d. Göttinger bemerkt nochmals, daß ein Vertrag wegen des Fachblattes schon existiert. Mit dem Verband werde über alle Ausgaben genau abgerechnet. Die Erhöhung der Ausgaben für die Expedition rühre daher, daß früher die Expedition des Fachblattes von der Expedition des „Völkischen Volksblattes“ ausbezahlt wurde. Als die Auflage nach Klein war, zahlte der Verband nur einen kleinen Teil des Gehalts des Expeditionen; die Auflage sei aber inzwischen so gestiegen, daß zur Expedition eine Arbeitskraft vollständig absorbiert wird, deshalb habe der Verlag des „Völkischen Volksblattes“ gefordert, daß der Verband das volle Gehalt des Expeditionen zu bezahlen habe.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird der Gegenstand verlassen. Simon regt an, eine Kommission einzusetzen, die die Wahlen vorzubereiten habe, da zwei Personen vollständig neu gewählt werden müssen, nämlich ein Sekretär und ein weiterer Beamter als zweiter Kassierer. Zunächst wird über die Anträge, die zum Punkt Wahlen vorliegen, die Unterstützungsfrage gestellt. Unterstützt wird nur der Antrag des Vorstandes, der die Anstellung eines zweiten Kassierers fordert. Nach einer kurzen Diskussion entscheidet sich die Versammlung für die Anstellung eines zweiten Kassierers. Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird dem Vorstand und Ausschuss Ermächtigung erteilt. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird eine Kommission eingesetzt, die geeignete Vorschläge für die Wahl eines Sekretärs und eines zweiten Kassierers machen soll. Alsdann erfolgt die Spezialdiskussion und Abstimmung über die allgemeinen Anträge. Es wird zunächst der Antrag angenommen, wonach der Vorstand die Mitglieder nicht unter „sonstige Einnahmen“, sondern als Rückzahlung zu buchen hat.

Samacher-Berlin tritt für Anstellung eines Gewerkschaftenbeamten für die Provinzen Ost- und Westpreußen ein, wofür der polnischen Sprache mächtig sein soll. Das gleiche befragt er Herrmann-Stettin. Ebenso tritt Knoll-Berlin als Vertreter der Generalkommission für Anstellung eines polnisch sprechenden Beamten ein. Es handelt sich darum, der großpolnischen Agitation in diesen Gegenden wirksam entgegen zu treten. Simon-Nürnberg weist auf die Schwierigkeiten der Agitation in diesen Gegenden hin. Die Schulbücher habe in letzter Zeit sehr an Ausdehnung gewonnen. Er empfiehlt ebenfalls die Anstellung eines Beamten für diese Gegend. Darauf schließt sich eine längere Debatte über die Anstellung von Beamten überhaupt und über die von der Hauptkasse zu leistenden Zuschüsse zu den Gehältern.

Haupt-Magdeburg hält es für die Pflicht der einzelnen Fachstellen, ihre Beamten aus den betreffenden Lokalitäten zu befragen. Simon-Nürnberg verweist auf die außerordentlichen Verhältnisse in Berlin, die einen Zuschuß aus der Hauptkasse nötig machen. O. L. R. Berlin tritt dafür ein, daß aus Berlin mit Vororten ein eigener Gau gebildet werde. Simon-Nürnberg weist darauf hin, daß die Verhältnisse in Berlin sehr anders als in Hamburg. Der Antrag, aus Berlin und seinen Vororten einen eigenen Gau zu bilden, wird abgelehnt.

Purseh-Lützingen tritt für Anstellung eines Ortsbeamten für Lützingen ein. Haupt-Magdeburg macht dem Vorstand, die Fachstellen, in denen Ortsbeamte notwendig sind, sollen für Verordnungs- und Agitationszwecke einen Lokalzuschuß von 5 Pfennig pro Mitglied und Woche einbringen. Unter dieser Voraussetzung wird die Anstellung eines Ortsbeamten für Lützingen genehmigt. Über die Anträge, gegen den übermäßigen Mitgliedsbeitrag eine besondere Agitation zu entfalten, wird zum Tagesordnung übergegangen. Diese Beschränkung wird für selbstverständlich erachtet. Die Anträge, die auf Erleichterung und Förderung von Arbeitsnachweisen hinzielen, werden dem Vorstand zur Entscheidung überlassen.

Der Fachstelle Nürnberg wird ein Streitbarleben erteilt. Wetzig-Erfurt tritt für die Anstellung eines Gewerkschaftenbeamten in Thüringen und Provinz Sachsen ein mit dem Sitz in Erfurt. Unter den heutigen Verhältnissen könne von einer planmäßigen Agitation die Rede sein. Für diesen großen Gau sei ein selbständiger Gaubeamter notwendig. Die Anstellung eines Gaubeamten für Thüringen und Provinz Sachsen wird beschlossen, doch kommt der Sitz nach Halle. Ein Antrag, die Fachstelle Weisenfels vom zuständigen Gau zu trennen mit einem eigenen Bezirk aus ihr zu lösen, wird abgelehnt.

Der Fachstelle Frankfurt a. O. wird ebenfalls die Rückzahlung eines Streitbarlebens erteilt. — Darauf erfolgte die Debatte auf Donnerstag.

15. General-Versammlung des Verbandes der Brauerarbeiter.

15. Berlin, den 18. Juni 1906.

Am 18. Juni macht unter anderen den Delegierten des Verbandes zum Berliner Gewerkschafts-Kongress Besuche, weil sie nicht für die Resolution Mode eingetreten sind. In seinem Schlusswort rezipitiert Bauer nochmals die Stellung des Hauptvorstandes aus der Vorstandsitzung, und weist recht geschickt die erhabenen Vorwürfe gegen die Maßnahmen des Hauptvorstandes und die Tätigkeit der Gaubeamten zurück. — Haupt-Magdeburg vertritt nochmals die Reformvorschlüge bezüglich der Kassenführung. — Rechner fasst ebenfalls die gegen die Revision des Fachorgans erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Rechner wundert sich, daß man ihm erst jetzt Vorwürfe macht wegen des Fehlens von Kassierern. Im Fachorgan er habe schon seit 5 Jahren dieselbe Praxis gelübt und befürchte sich dabei in guter Gesellschaft, nämlich in der des „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission. Es scheint ihm, als ob die jetzige Stimmung auch auf die Verbandsstatuten eingewirkt habe. Erst wenn offiziell der Gewerkschafts-Kongress eine andere Haltung einnehme wie bisher, sei diese Frage spruchreif. Wenn die „Brauer-Zeitung“ für die Propagierung der Arbeitstrübe eintritt, so einträte, könnten durch Kassenoffen der Arbeitstrübe entstehen, die dann vielleicht an anderer Stelle sehr fehlen würden. (Wohl-Taufe.) Die „Brauer-Zeitung“ solle mehr Politik treiben — was dem für Politik? In Bezug auf die Vertretung von Arbeiterkräften habe das Fachorgan mindestens das gleiche geleistet, wie andere Gewerkschaftsblätter. Indes werde er dennoch dem Wunsch nach einem Mal-Deliktartikel in Zukunft gerecht werden. Bezüglich des gemeinsamen Ausschusses der „Brauer-Zeitung“ müsse von vornherein mit der Anstellung eines zweiten Kassierers oder mit einer Entlassung seiner (Reich's) Person in anderer Hinsicht gerechnet werden. — Es wird darauf dem Hauptvorstande Dank ausgesprochen. — Falls 5. Wüthgen berichtet über die Mandatsprüfungs-Kommission, daß alle Mandate einwandfrei und daß auch die beiden Protokolle hinsichtlich seien. Die Mandatsprüfungen werden anerkannt, und die Beschwerden gegen den Ausschuss mehrerer Mitglieder einer 5. glücklichen Beschwerde-Kommission überwiegen.

Rechner-Berlin berichtet hierauf den Bericht des Ausschusses, wonach zu erfahren, daß Vorstand und Ausschuss mehrfach herbeiziehender Meinung gewesen sind. Es betrifft das Geschäft von Mitgliedern, Bewilligung von Darlehen an einzelne Fachstellen, Abholungen von Konferenzen und auch bezüglich der Einführung des mehrfach erwähnten neuen Wahlsystems zu den Verbandstagen. Der Ausschuss meint, daß hierbei der Vorstand keine Beweise überbringt habe.

In der Diskussion des Ausschuss-Berichtes geht Bauer näher auf die Einzelheiten der von Rechner berichteten Punkte ein und verteidigt die Maßnahmen des Vorstandes. — Nachdem anerkannt die Mandatsprüfungs-Kommission des Ausschusses genehmigt, andererseits ihre Berechtigung bestritten ist, werden die kritischen Punkte auf Antrag Rechner's einen 5. glücklichen Revisionen zum Ausschuss überlassen.

Montag, den 18. Juli, beginnt mein grosser

Saison-Ausverkauf.

Derselbe bietet unübertroffene Vorteile bei Einkauf von modernen

Damen-Kleiderstoffen

Seidenstoffe

Taffet-Mousselin

50/52 cm breit, in schönen Farbenstellungen, kar. und gestreift. Wert bis Mk. 4.50, Jetzt **2,25**

Louisienne

48/50 cm breit, wirklich aparte Blusenstreifen, dunkel und hell. Wert bis Mk. 3.00, Jetzt **1,65**

Damassé-Reste

selbst die schwersten u. besten Qualitäten, 2-8 m Länge, werden in diesen Tagen zu dem einheitlichen Preise von per Meter ausverkauft. **1,50**

Waschstoff-Reste

Zephyr, Organdil, Perkal, 2-9 m lang. Einheitspreis per Meter **50 Pfg.**

Wollstoffe

Kostümstoffe

130/140 cm breit, Horrenstoffgeschmack. Wert bis Mk. 3.50, Jetzt **1,75**

Kostümstoffe

130/140 cm breit, entzückende, verschwommene Karos und matte Streifen. Wert bis Mk. 5.50, Jetzt **2,25**

Dünne Kleiderstoffe

110 cm breit. Voller, Eolienne, Etamine, Battat de laine, in den entzückendsten Farben, auch in Broché und Karos. Wert bis Mk. 5.75, Jetzt **2,50**

Grosse Posten

Wollstoff-Reste

1-7 m Länge, selbst die schwersten und besten Qualitäten. Einheitspreis per Meter **1,25**

Halbfertige Roben

grösste Auswahl am hiesigen Platze zu noch nie dagewesenen billigen Preisen. 2459

N. Berger, Breslau, Ring 50.

Gehr. Meister, Albrechtsstr. 40

empfehlen ihre eigenen Fabrikate in

Herren-Anzügen, Herren-Paletots, Burschen- und Jünglings-Anzügen

aus den reellsten Stoffen zu billigsten Preisen.

Stets grösste Auswahl in modernen Mustern.

Fertige Herren-, Damen-, Kinder- und Bett-Wäsche, Federdicke Inletts, Züchen, Hand- und Taschen-Tücher, Gardinen, Bett- und Schlafdecken, Strohsäcke etc. 2349

Reizende Neuheiten in Wasch-Stoffen, Mousseline, Meter von 15 Pf. an empfiehlt zu billigen Preisen

C. Simon, BRESLAU, Scheitnigerstrasse Nr. 11. Gegründet 1863.

Möbel! Möbel!

Bestes u. Billigstes in 16-60, 80-50 M., Spiegel u. Schränke

mit eigener Werkstätte gefertigt. Material, Arbeit, alles das 15, 18, 20 M., PL-Dom. 44 70 M., sämtl. Möbel unter langjähr. Garantie. Das überzeuge Sie bei wirklich guten und billigen Angeboten bei Anton Gorkal, Palastgasse 30. 1073

F. Konetzny, Liegnitz.

Grösste Kindertwagenfabrik Ost-Deutschland.

Filiale: Breslau, Ring 2, früher. Nähmaschinen-Geschäft von Singer & Comp.

Kinderwagen, Sportwagen

in einfachster u. elegantester Ausführung. Lieferwagen, Leiter- u. Koffertwagen, Kinderklappstühle, Reifeförbe, sowie sämtliche Korbwaren in großer Auswahl, billigste Preise. 2105

Fritz Preuss, Vincenz-Strasse No. 10.

Läden in allen Stadtteilen.

Färberei Reinigerei



Heringe!

4 Stück 10 Pf. Mandel 35 Pf., sowie alle anderen Lebensmittel billigt empfohlen

Kaiser & Kainer, Friedrich-Wilhelmstr. 50, Hof links, Grätschenstr. 12, Vorwerksstr. 75, Mauritiusstr. 14. 2384

Schneidfüße

Neues gerichtetes mit trocken bei Gebrauch von Erwin Meyer's 50 Pf. Einheitspreis 50 Pf. Preis an Landeshauptstadt, Grätschen 75, Ecke Steinbockstrasse. Nach nachwärts 60 Pf. in Briefmarken. 2133

Arbeiter-Frauen! bezieht Euch bei Einkäufen stets auf die „Volkswacht“!

Räumungs-Verkauf.

Herren-Zuggamaschen von 4,00 an
Herren-Schnürstiefel von 4,50 an
Herren-Boxstiefel von 6,80 an
Damen-Boxstiefel von 6,50 an



P. Posener

Grosse Scheffnigerstr. 19.

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt Anwärter brien

Kämme!

Reiseförbe 10 Pfg. bis 1,50 Mt.
Eisfächer 10 " " 1,00
Kinderkämme 10 " " 0,60
Eisfächer 5 " " 1,00
Damenhaarkämme, Haarpfeile, Dornnadeln, Haarspangen, immer die neuesten Formen, Preislisten v. 7 Pfg. bis 1,25 Mt.
Zahnbürsten für Kinder u. Erwachsene von 10 bis 70 Pfg., Haarbürsten, Toiletten-Taschen-Spiegel von 10 Pfg. bis 3,00 Mt.

Hosenträger

bekanntlich nur dauerhafte praktische Arten, für Herren 25 Pfg. bis 3,00 Mt., Knaben 10 " " 1,50

Portemonnaies

vom kleinsten bis zum grössten, alle Arten und Formen für Damen von 10 Pfg. bis 6,00 Mt., Herren 25 " " 6,00, Kinder 10 " " 1,50
Handtäschchen, Markttschen etc., Zigarettentaschen v. 40 Pfg. b. 8,00 Mt., Photographie-Album von 50 Pfg. bis 15 Mt., Postkarten-Album von 50 Pfg. bis 6,00 Mt.

Uhrketten

prächtige Façons, neueste Formen für Knaben 25 Pfg. bis 1,50 Mt.
Herren 50 " " 6,00
Damen 50 " " 9,00
Reisige Auswahl. — Bekannt billigste Preise.

Alfred Scholz
Kupferschmiedestr. 1.

C. A. Gypner,

Ring Gande 1 und 2 Am Rathaus und Grätschenerstrasse 14 empfiehlt sein reichhaltiges Lager selbstgefertigter Bürsten und Fehrbesen, sowie Kämme und Seilerwaren, Scheurbürsten, a. denen d. Wurzeln nicht herausfallen. 12076

Auf Kredit!

Möbel und Betten

Anzüge
Überzieher
Damen-Konfektion
Kleiderstoffe
Baumwollwaren
Nähmaschinen
Kinderwagen
Sportwagen
mit 5 Mark Anzahlung.

S. Osswald,

Schuhbrücke 74, I., II. u. IV. gegenüber der Magdalenenkirche. Kredit auch nach auswärts. Kataloge gratis und franko. Sonntag geöffnet von 8-9 und 11-2. Auch gegen bar.

Grösstes Fahrradhaus am Orte

Generalvertretung der Styria-Fahrradwerke Graz (Steyermärk), der Bielefelder Maschinenfabrik vormals Dürkopp & Co. und der weltberühmten Progress-Motor-Zweiräder

Reparatur-Werkstatt mit elektrischem Betrieb Reparaturen schnell sauber und preiswert.

Max Kluge, Harrasgasse 4/6.

Entwässerung und Vertiefung

Alle nur erdenklichen Ersatzteile

